



WAS EUROPA AUSMACHT

NAMEN, DATEN UND FAKTEN ZUR EUROPÄISCHE UNION

**MELANIE PIEPENSCHNEIDER | BURKARD STEPPACHER
(HRSG.)**

2., ÜBERARBEITETE AUFLAGE
ISBN 978-3-940955-84-4



INHALT

5 | VORWORT

7 | DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND IHRE PERSPEKTIVEN *Matthias Belafi*

31 | CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE EUROPAPOLITIKER. EUROPÄISCHE BIOGRAPHIEN (AUSWAHL)

43 | WICHTIGE STATIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION. EUROPACHRONIK

49 | BEDEUTENDE ERKLÄRUNGEN VON CHURCHILL BIS MERKEL. REDEN FÜR EUROPA

63 | CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIKER. NAMEN IN EUROPA

- *Die Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament 2004-2009*
- *Die christlich-demokratischen Mitglieder der Europäischen Kommission 2004-2009*
- *Die christlich-demokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments*
- *Chronik der christlich-demokratischen Präsidenten der Europäischen Kommission*
- *Chronik der christlich-demokratischen Präsidenten des Europäischen Parlaments*

69 | PUBLIKATIONEN UND INTERNETSEITEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

79 | HERAUSGEBER, AUTOREN UND MITARBEITER

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

2., überarbeitete Auflage

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: Credit © European Communities, 2009

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

*Satz: workstation gmbh, produktionsservice für analoge und
digitale medien, Bonn.*

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-84-4

VORWORT

Am 7. Juni 2009 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Zum ersten Mal nehmen Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedstaaten teil. Insgesamt sind rund 375 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger zur Wahl aufgerufen. Das alle 5 Jahre in allgemeiner, freier, direkter und geheimer Wahl gewählte Europäische Parlament repräsentiert somit die zweitgrößte Demokratie der Welt.

Die Europawahl eröffnet den Bürgern die Chance, mit ihrer Stimme das Projekt Europa zu unterstützen und es auch zu *ihrem* Europa zu machen. Nur wenn sich das „Europa für die Bürger“ zu einem „Europa der Bürger“ wandelt, kann es mit Leben erfüllt werden. Denn ein Leben in Frieden und Wohlstand kann in einer globalisierten Welt nur mit der Europäischen Union gelingen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet mit dieser Broschüre eine aktuelle Handreichung an. Von einer Bestandsaufnahme der Europäischen Integration bis hin zu Übersichten der derzeit in der Europapolitik wirkenden christlich-demokratischen Politiker gibt die Broschüre praxisorientierte und aktuelle Informationen. Die bedeutendsten Reden und Erklärungen von 1949 bis heute werden ebenso aufgeführt wie relevante Internetseiten und vertiefende Literaturhinweise.

Bei der Fülle des Materials mussten wir eine Auswahl treffen. Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht alles in dieses Handbuch aufnehmen konnten. Schauen Sie auch auf unserer Internet-Seite nach. Unter www.kas.de finden Sie weitere, aktuelle Informationen über Europa: Berichte aus unseren europäischen Auslandsbüros, Veranstaltungshinweise und -berichte sowie Analysen.

Berlin, im April 2009

Melanie Piepenschneider | Burkard Steppacher

DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND IHRE PERSPEKTIVEN

*Matthias Belafi**

Die Entwicklung der Europäischen Integration war seit jeher von Erfolgen und Rückschlägen geprägt. Obwohl schon vor 1945 verschiedene Pläne für eine Einigung des Kontinents vorlagen, begannen erst nach dem Zweiten Weltkrieg die erfolgreichen Schritte zur Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften. Trotz dieser Erfolgsgeschichte war die weitere Entwicklung der Union von Höhen und Tiefen geprägt. So bestätigt auch die aktuelle Diskussion um die Ratifikation des Vertrags von Lissabon die Worte Robert Schumans, dass sich Europa „nicht mit einem Schlage herstellen“ lasse.

I. DIE ANFÄNGE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Als nach dem Zweiten Weltkrieg Initiativen die europäische Einigung ihren Erfolgsweg begannen, konnten die Gründerväter Europas auf einige Pläne und Überlegungen aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sowie aus der Zwischenkriegsphase zurückgreifen. Dazu gehörte zum Beispiel die Paneuropa-Idee des Grafen Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972),¹ der 1923 in seinem gleichnamigen Buch *Paneuropa*² die Vorstellung eines Zusammenschlusses

der europäischen Staaten entwarf. Seine Idee eines europäischen Staatenbundes führte in vielen europäischen Ländern zu Sektionsgründungen der von ihm initiierten und geleiteten Paneuropa-Bewegung. Paneuropa als Zusammenschluss der demokratischen Staaten Kontinentaleuropas, zu denen er Russland und Großbritannien nicht zählte, sollte in mehreren Schritten verwirklicht werden. Doch so visionär die Konzeption Coudenhoves auch war, großen politischen Einfluss konnte sie nicht gewinnen.

Erst durch den moralischen und materiellen Zusammenbruch, den Europa durch die totalitären Diktaturen – insbesondere den Nationalsozialismus in Deutschland – und den Zweiten Weltkrieg erlebte, entstanden neue Impulse, die Staaten des Kontinents zusammenzuführen. Insbesondere auch die Widerstandsbewegungen hatten Europapläne entwickelt, auf die die politischen Akteure nun zurückgreifen konnten.³

Den europäischen Staatsmännern der frühen Nachkriegszeit ist es zu verdanken, dass die Phase europäischer Euphorie in der Nachkriegszeit nicht erneut in Initiativen stecken blieb, sondern in eine langfristige, tiefgreifende Zusammenarbeit der europäischen Staaten mündete. Westeuropa beschritt nun einen in der Geschichte bisher nie da gewesenen Weg der Integration. Dieser Weg bot Antworten auf die aktuellen Fragen der Zeit: die Erhaltung des Friedens, der Wiederaufbau des zerstörten Europas, die Positionierung Europas im System der Supermächte während des Kalten Kriegs sowie die Deutsche Frage. Da die christdemokratischen Parteien mit ihrem wertgebundenen Politikangebot der politischen Mitte eine herausragende Rolle in den westeuropäischen Staaten spielten, ist es nicht verwunderlich, dass unter den Gründungsvätern Europas die Christlichen Demokraten besonders stark vertreten waren. Dabei werden immer wieder der französische Ministerpräsident Robert Schuman⁴, der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer⁵ und der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi⁶ genannt, die insbesondere vor ihrem gemeinsamen persönlichen Hintergrund – alle drei waren überzeugte und praktizierende Christen und stammten aus Grenzgebieten ihrer Heimatländer – durch ihre grundlegenden Weichenstellungen die Europäische Integration bis heute geprägt haben. Hinzu kamen aber auch andere bedeutende Christliche Demokraten wie der luxemburgische Premierminister Joseph Bech; aus anderen politischen Strömungen sind insbesondere Jean Monnet und der belgische Sozialist Paul-Henri Spaak zu nennen.

Der Schuman-Plan 1950 und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Den mutigsten und zukunftssträchigsten Einigungsversuch seit dem Ende des Krieges leitete indes der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 ein. In einer Regierungserklärung schlug er vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde („Haute Autorité“) zu stellen“. Das der Erklärung zugrunde liegende Ziel war jedoch, „den ersten Grundstein einer europäischen Föderation [zu] bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist.“ Dafür war die Gemeinschaft für Kohle und Stahl nur ein Schritt: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“⁷ Dieser Ansatz – nicht Staaten zusammenzulegen, sondern bestimmte Funktionen der Staaten – durchzieht die europäische Integration bis heute. Daneben wird aber auch das Ziel sichtbar, den Frieden in Europa durch die gemeinsame Kontrolle über kriegswichtige Produktionsfaktoren zu sichern. Als konkreter Ausgangspunkt dienten hierfür Kohle und Stahl, die einerseits als Schlüsselindustrien für die Kriegsführung von hoher Bedeutung waren, andererseits wichtige Güter für den europäischen Wiederaufbau darstellten.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer begrüßte den Schuman-Plan. Adenauer und die deutsche Bundesregierung trieben die Verhandlungen über den Schuman-Plan weiter voran, die am 18. April 1951 in die Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mündeten. Mitglieder der EGKS waren neben Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Italien. Die Erklärung Robert Schumans ist letztlich zu einem Kern der heutigen Europäischen Union geworden und hat damit alle mit ihr verbundenen Hoffnungen und Erwartungen bei Weitem übertroffen. Innenpolitisch musste dieser erste Schritt der Europäischen Integration aber gegen die Opposition durchgesetzt werden. So ratifizierte der Deutsche Bundestag am 11. Januar 1952 den Vertrag gegen die Stimmen der SPD.

Der Rückschlag durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

Der Aufbau der EGKS war von Anfang an als Vorbild für weitere Integrationsverhandlungen in Europa angelegt und sollte über den Wirtschaftsbereich hinaus als Antrieb für eine Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten wirken. So verwundert es nicht, dass parallel zwischen den europäischen Partnern Verhandlungen über den Pleven-Plan zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) geführt wurden, die am 9. Mai 1952 abgeschlossen wurden. Der Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sah eine nahezu vollständige Zusammenlegung der Verteidigungskräfte der Teilnehmerstaaten zu einer „Europa-Armee“ sowie eine Beistandsverpflichtung vor – ein so weit gehender Schritt, wie er selbst heute nicht diskutiert wird.

Die Planungen gingen jedoch noch über die Verteidigungsgemeinschaft hinaus: Da eine gemeinsame Armee ohne eine gemeinsame Außenpolitik kaum möglich ist, erteilten die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten im September 1952 einer – im Vorgriff auf die EVG gebildeten – Gemeinsamen Versammlung den Auftrag, den Entwurf für einen Vertrag über eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) zu erarbeiten. Die SPD lehnte auch dieses Projekt ab, weil sie die europäische Integration erst nach Herstellung der deutschen Einigung anzustreben bereit war. Mit dem Beschluss der Französischen Nationalversammlung am 30. August 1954, sich noch nicht einmal mit dem EVG-Vertrag zu befassen, scheiterte nicht nur die Verteidigungsgemeinschaft, sondern auch die Europäische Politische Gemeinschaft. Die Folge dieses Scheiterns war die Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954, durch die das Besatzungsregime in Deutschland beendet, der Bundesrepublik Souveränität eingeräumt und ihr Beitritt zur NATO ermöglicht wurde. Die von Adenauer betriebene Grundsatzentscheidung zur Westintegration der Bundesrepublik wurde somit nicht nur zur Grundlage für die europäische Integration, sondern legte langfristig auch das Fundament für die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. Seine Europapolitik ist nur im Zusammenhang mit der Deutschen Frage und dem Kalten Krieg zu verstehen und basierte auf der Aussöhnung mit Frankreich. Seine Devise „Freiheit vor Einheit“ symbolisiert, dass der Weg zur Wiedervereinigung für ihn über die Westintegration führte. Dieses Verständnis von Freiheit erklärt Adenauers – wie später auch Helmut Kohls – Ablehnung der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands. Mit seiner

Politik der Westintegration hat Adenauer die Bundesrepublik nicht nur rasch aus dem materiellen und moralischen Zusammenbruch herausgeführt sowie internationales Renommee für die Bundesrepublik aufgebaut, sondern gemeinsam mit den europäischen Partnern auch den Grundstein für die zukunftsweisende Einigung Europas gelegt.

Die Römischen Verträge 1957

Durch das Scheitern der Verteidigungsgemeinschaft 1954 hatte die Europäische Integration ihren ersten Rückschlag erlitten. Von dieser Krise erholten sich die Europäer aber bereits auf der Konferenz von Messina Anfang Juni 1955. Dort einigten sich die Außenminister der Mitgliedstaaten darauf, die Integration wieder in Fahrt zu bringen, indem sie auf weitere Wirtschaftsgebiete ausgedehnt werden sollte. Dies mündete in Verhandlungen über neue Verträge zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie einer Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). So unterzeichneten Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg am 25. März 1957 die sogenannten „Römischen Verträge“, die Gründungsverträge der EWG und EURATOM, die am 1. Januar 1958 in Kraft traten.⁸

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sah eine Zollunion mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr vor und war die konsequente Fortsetzung des Wegs einer wirtschaftlichen Integration. Mit der Europäischen Atomgemeinschaft wurde eine Zukunftstechnologie vergemeinschaftet, die einerseits durch ihre friedliche Nutzung im Energiebereich von großer Bedeutung war, andererseits aber auch als ein kriegswichtiges Gut der gegenseitigen Kontrolle unterworfen wurde. Dabei blieb EURATOM aber immer im Schatten der EWG. Alle drei Gemeinschaften – EGKS, EWG und EURATOM – bildeten zusammen die Europäischen Gemeinschaften (EG), deren Institutionen im Jahr 1967 zusammengefasst wurden.

Mit großer Mehrheit ratifizierte der Deutsche Bundestag die Römischen Verträge im Juli 1957. Mit ihrer Zustimmung zur Ratifizierung beendete die SPD den europapolitischen Gegensatz zwischen den Parteien der Regierung und der Opposition in der Bundesrepublik. Durch die Anerkennung und neuerliche Unterstützung des europapolitischen Integrationskurses Adenauers ergab sich nun für die nachfolgenden Jahrzehnte eine gemeinsame Grundlage für die deutsche Europapolitik.

Die Integrationsflaute der 1960er und 1970er Jahre

Nach Abschluss der Römischen Verträge kam es zunächst für längere Zeit zu keinen vertraglichen Änderungen mehr. Dennoch entwickelte sich die Integration mit Fortschritten und Rückschlägen weiter: Die „Politik des Leeren Stuhls“, mit der Frankreich Mitte der 1960er Jahre die Entscheidungen der EG blockierte, konnte zwar mit dem „Luxemburger Kompromiss“ scheinbar überwunden werden, jedoch nur zum Preis, dass für die Entscheidungen der Gemeinschaft auch weiterhin Einstimmigkeit erforderlich war. Der Übergang zu Mehrheitsentscheidungen war damit für lange Zeit ausgehebelt. Daneben scheiterte der 1971 vorgelegte, nach dem luxemburgischen Premierminister benannte Werner-Plan, der die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorsah.

Erfolgreicher war dagegen die Erweiterung der EG: Nachdem Frankreich 1963 und 1967 den Beitritt Großbritanniens verhindert hatte, kam es 1973 zu einer ersten Erweiterung der Gemeinschaft durch die Aufnahme Großbritanniens, Irlands und Dänemarks. Die Süderweiterung der EG erfolgte später in den 1980er Jahren mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986).

Inhaltliche Fortschritte waren die Koordinierung der europäischen Außenpolitik in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) im Jahr 1970, die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 sowie die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments im selben Jahr. Alles in allem war die Vertiefung der Integration aber in der Phase des Ausgleichs zwischen Ost und West in den 1970er Jahren weit zurückgeblieben. Die CDU hielt indessen ihren europapolitischen Anspruch auch als Oppositionspartei aufrecht: Für sie blieb die Integration der Bundesrepublik in einem freien und geeinten Europa die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Diesen Vorrang der europäischen Einigung schrieb die CDU auch in ihrem Grundsatzprogramm von 1978 fest mit den Worten: „Nur zusammengeschlossen kann das freie Europa [...] dazu beitragen, die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands zu überwinden.“⁹

II. DIE ÜBERWINDUNG DER EUROPÄISCHEN KRISE UND DER TEILUNG EUROPAS

Als die Europäische Integration bis zum Beginn der 1980er Jahre kaum noch Fortschritte erzielte und in eine tiefe Krise geraten war, sprach man von der Europamüdigkeit als einer „Eurosklerose“. Erst das Zusammentreffen von Politikern mit ausgeprägter europäischer Gesinnung in den 1980er Jahren führte wieder zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit. Dazu zählte, dass der Franzose Jacques Delors¹⁰ den Vorsitz der Europäischen Kommission übernahm; neue Impulse kamen aber vor allem auch durch Helmut Kohl, der 1982 deutscher Bundeskanzler wurde und mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand den deutsch-französischen Motor wieder in Gang brachte.¹¹ Der Europäer Kohl verkörperte die Ziele der Europapartei CDU, die z.B. in ihrem Aufruf zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1984 die Umwandlung der EG in einen Bundesstaat, die Verabschiedung einer Europäischen Verfassung, die Schaffung einer einheitlichen europäischen Außenpolitik, die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EG, die Harmonisierung von Steuern und die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als ihre ehrgeizigen euroapolitischen Ziele benannte. Erst in ihrem 1994 verabschiedeten Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ verabschiedete sich die CDU vom Ziel eines europäischen Bundesstaates. Dennoch strebt die Partei die Vollendung einer Politischen Union an.¹² Diese hochgesteckten Ziele verfolgte Kohl in seiner Regierungspolitik mit großem europapolitischen Einsatz, für den er schließlich von den Staats- und Regierungschefs der EU im Jahr 1998 mit dem – nach Jean Monnet erst zum zweiten Mal verliehenen – Titel des „Ehrenbürgers Europas“ geehrt wurde. Kohl schaffte es insbesondere, die deutsch-französische Freundschaft auszubauen und als Grundlage und Motor der europäischen Einigung zu revitalisieren.

Der neue europäische Aufschwung zeigte sich zunächst in der deutsch-italienischen Genscher-Colombo-Initiative 1982¹³ und im Entwurf für eine Europäische Verfassung, den das Europäische Parlament 1984 verabschiedete, auch wenn beide noch nicht von Erfolg gekrönt waren. 1986 wurde schließlich mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ der Durchbruch erzielt, als sich die Mitgliedstaaten der EG auf die erste Revision der Gemeinschaftsverträge seit 1957 einigten. Kommissionspräsident Delors wurde zu einem weiteren Motor, der mit dem „Delors-Paket“ eine Reform des Finanzierungssystems und der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie eine

Aufstockung des Strukturfonds initiierte und darüber hinaus einen Drei-Stufen-Plan zur Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegte.

In diesen Aufschwung der europäischen Integration hinein fiel die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa, die den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen mit sich brachte. Als sich im Zuge dessen auch die Möglichkeit einer Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands abzeichnete, verhielten sich einige europäische Partner zunächst reserviert oder gar ablehnend.¹⁴ Die Angst, das wiedervereinigte Deutschland könne sich von der europäischen Integration abwenden, erwies sich allerdings als unberechtigt. Die deutsche Politik nach 1989 stellte rasch heraus, dass Deutschlands Interesse an einer europäischen Einigung dauerhaft ist. Nicht zuletzt profitiert Deutschland auch heute politisch und wirtschaftlich enorm von der Verflechtung mit seinen europäischen Partnern, insbesondere auch mit den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa.

Kohl stellte mit dem Schlagwort der „zwei Seiten derselben Medaille“ von Anfang an die gegenseitige Bedingung von deutscher Einheit und europäischer Einigung heraus. In seinem Zehn-Punkte-Programm vom Dezember 1989 führte Kohl vor dem Deutsche Bundestag aus: „Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muss deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden. [...] Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen [...] ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und – dies ist unser Ziel – einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa den Weg bahnt.“¹⁵ Die Maxime des Zusammenhangs von deutscher Einheit und der weiteren Integration beherzigte Kohl auch in der nachfolgenden Regierungskonferenz, so dass die deutsche Einheit im Zuge der wieder in Schwung gekommenen Integration Europas als zusätzlicher Katalysator wirkte, der zu den großen Einigungsfortschritten des Maastrichter Vertrages beitrug.

Der Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992

So verfolgten die europäischen Partner – unter ihnen Kohl und Mitterand – angesichts des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa zunächst eine Strategie der „Vertiefung vor Erweiterung“. Denn der Vertrag von Maastricht, der auf der Tagung des Europäischen Rates am 9./10. Dezember 1991

in Maastricht beschlossen und am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde, stellte die umfassendste Änderung der Verträge seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften dar und bezeichnete sich selbst als „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Artikel A EUV). Mit dem Vertrag wurde eine Europäische Union begründet, die sich auf drei Säulen stützt. Die bereits bestehenden Europäischen Gemeinschaften bilden dabei die erste, supranational organisierte Säule. Sie wurde um eine intergouvernementale Zusammenarbeit ergänzt, nämlich durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als zweiter und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz (ZIJ) als dritte Säule. Über diesen drei Säulen bildete die neue Union das Dach der Konstruktion. Sie stellte – wegen des zwischenstaatlichen Charakters der Zusammenarbeit in der Innen- und Außenpolitik – zwar nach wie vor keine wirkliche politische Union dar. Dennoch war die Einbindung dieser Politikfelder in die europäische Integration ein enormer Erfolg: Die GASP war wesentlich verbindlicher als die von ihr abgelöste EPZ, und im Bereich Inneres und Justiz wurde erstmals eine Zusammenarbeit in Fragen der Asylpolitik, der Bekämpfung von internationalem Betrug und Terrorismus sowie in Zivil- und Strafsachen vereinbart. Bedeutende Neuerungen ergaben sich aber auch in der ersten Säule der Europäischen Gemeinschaft, da der EG-Vertrag nun die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und damit die Einführung des Euro 2002 vorsah. Dem Europäischen Parlament wurden mit dem Mitentscheidungsverfahren mehr Rechte eingeräumt, der Ausschuss der Regionen (AdR) neu eingerichtet, die Subsidiarität als Strukturprinzip verankert. Nicht zuletzt führte der Vertrag von Maastricht eine Unionsbürgerschaft für die Bürger der EU ein.¹⁶

Die Gründung der EU sowie die Wirtschafts- und Währungsunion waren ein Quantensprung in der Entwicklung der Europäischen Integration. So enorm dieser lang ersehnte Schritt des Maastrichter Vertrages auch war, genauso umstritten blieb er: In Dänemark scheiterte die Ratifikation des Vertrages zunächst in einer Volksabstimmung. Erst nachdem man den Dänen das Recht eingeräumt hatte, an verschiedenen Schritten wie der Währungsunion nicht teilnehmen zu müssen, stimmte das Land in einem zweiten Referendum zu. Auch in Deutschland kam es zu einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, so dass sich das Inkrafttreten des Vertrages vom Januar 1993 auf November 1993 verzögerte. Gleichzeitig wurde im Maastrichter Vertrag aber auch festgelegt, in wenigen Jahren den Reformbedarf der EU neu zu prüfen. Maastricht wurde so zum Ausgangspunkt eines Reformmarathons.

Über Amsterdam (1997) nach Nizza (2000)

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde von den EU-Staats- und Regierungschefs am 16./17. Juni 1997 die nächste Reform beschlossen. Der Vertrag wurde am 2. Oktober 1997 unterzeichnet und trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Er veränderte und ergänzte den Vertrag von Maastricht mit dem Ziel, die Europäische Union auch nach einer bevorstehenden Erweiterung um die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas handlungsfähig zu halten. Eine umfangreiche Reform der EU war auf dem Gipfel jedoch nicht möglich. Es blieben nach wie vor Themengebiete übrig, über die man sich nicht einigen konnte. Zu diesen sogenannten *left-overs* gehörten u.a. die Frage des Übergangs zu Mehrheitsbeschlüssen in weiteren Politikbereichen, die gleichberechtigte Mitbestimmung des Europäischen Parlaments mit dem Ministerrat, die Stimmengewichtung im Rat sowie die Größe und Zusammensetzung der Europäischen Kommission.¹⁷ Da die Lösung dieser Fragen aber für die Erweiterungsfähigkeit der Union erforderlich schienen, waren vor der Osterweiterung weitere Reformen nötig. So war der Vertrag von Amsterdam noch nicht einmal ein Jahr in Kraft, als die Mitgliedstaaten Anfang 2000 begannen, über seine Änderung zu beraten. Dabei standen die *left-overs* von Amsterdam im Mittelpunkt der neuerlichen Regierungskonferenz. Der Vertrag von Nizza bildete die letzte Möglichkeit vor der Erweiterung, die Reformen zur Beibehaltung der Handlungsfähigkeit im größeren Europa durchzusetzen. Indes stellte der Europäische Gipfel, auf dem die neuerlichen Vertragsänderungen am 11. Dezember 2000 beschlossen wurden, erneut die Unfähigkeit der Mitgliedstaaten heraus, eine Einigung in den strittigen Fragen zu erzielen. Die Tagung des Europäischen Rats wurde zum längsten Gipfel in der Geschichte der Europäischen Integration, das Ergebnis fiel dafür umso magerer aus: Zwar wurden einige Fortschritte in bestimmten Bereichen erzielt (Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und der Mitbestimmung des Europaparlaments), insgesamt erfüllte der Vertrag von Nizza aber nicht die an ihn gestellten Anforderungen. Beispielhaft für die Politik des kleinsten Kompromisses war die Frage der Stimmengewichtung im Ministerrat. In dieser Frage einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein hochkompliziertes Verfahren einer dreifachen Mehrheit, die nun für einen qualifizierten Beschluss erforderlich ist: eine Zweidrittelmehrheit der gewichteten Stimmen, die mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten repräsentiert, die wiederum 62 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Solche Kompromisse waren weder das erhoffte, noch das erforderliche Ergebnis einer Reform der Entscheidungsmechanismen in der EU.¹⁸

III. VON DER EUROPÄISCHEN VERFASSUNG ZUM VERTRAG VON LISSABON

Da sich die Staats- und Regierungschefs dessen bewusst waren, verabschiedeten sie in Nizza gleichzeitig eine Erklärung, mit der sie den Post-Nizza-Prozess einleiteten. Es war offensichtlich, dass sich das Instrument der Regierungskonferenzen abgenutzt hatte. Mit immer kleiner werdenden Schritten in verschiedenen Reformrunden hatten die Staats- und Regierungschefs bewiesen, dass sie nicht mehr fähig waren, sich auf große Reformen der EU zu einigen. Deshalb besann man sich auf ein neues Modell, das sich im Vorfeld des Nizza-Gipfels bereits bewährt hatte: Im Jahr 2000 hatte ein Konvent die Grundrechtecharta der Europäischen Union erarbeitet, die in Nizza feierlich proklamiert worden war; zu einer Aufnahme in den Vertrag hatten sich die Staats- und Regierungschefs nicht durchringen können. Dieser Grundrechtekonvent unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog hatte unter Beteiligung von Vertretern der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europaparlaments und der Europäischen Kommission in einem relativ offenen und transparenten Prozess in kurzer Zeit die Charta der Grundrechte erarbeitet, die nun als Kern einer zukünftigen Europäischen Verfassung galt.¹⁹ Auf dieses Konventsmodell kamen der Europäische Rat zurück, als er ein Jahr nach Abschluss des Nizza-Vertrages im Dezember 2001 die Erklärung von Laeken verabschiedete, mit der er einen Konvent zur Zukunft Europas einsetzte und ihm einen umfangreichen Fragenkatalog vorlegte, der sich mit vier Themenbereichen beschäftigte: erstens eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, zweitens eine Vereinfachung der Gesetzgebungsinstrumente in der EU, drittens mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz sowie viertens eine Vereinfachung der Struktur der Verträge.

Die Entstehung des Verfassungsvertrages

So nahm der Verfassungskonvent bereits ein Jahr vor Inkrafttreten des Vertrages von Nizza am 1. Februar 2003 die Verhandlungen über ein neues Grundlagendokument auf, wobei sich bald herausstellte, dass bei der Benennung eines neuen Vertrages die Diskussionen sehr zielgerichtet auf eine Verfassung hinausliefen. Als Vorsitzenden des Konventes bestimmte der Europäische Rat den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, unterstützt von zwei ehemaligen

Ministerpräsidenten – Giuliano Amato aus Italien und Jean-Luc Dehaene aus Belgien. Insgesamt gehörten dem Präsidium zwölf Personen an, die aus allen im Konvent vertretenen Gruppen stammten. Das Plenum setzte sich zusammen aus einem Regierungsvertreter je Mitgliedstaat, je zwei nationalen Parlamentariern, sowie 16 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zwei Mitgliedern der Europäischen Kommission. Dabei wurden auch alle Beitrittskandidaten – sowohl die zehn im Jahr 2004 beigetretenen Staaten als auch Rumänien, Bulgarien und die Türkei – beteiligt, so dass dem Konvent insgesamt 105 Mitglieder angehörten. Innerhalb des Konvents organisierten sich die Mitglieder aber auch nach den politischen Familien in jeweilige Fraktionen. Die Gruppe der Konventsmitglieder, die der christdemokratischen Europäischen Volkspartei nahe standen, wurde dabei vom deutschen Europaparlamentarier Elmar Brok geleitet.²⁰

Die Arbeitsmethode des Konventes sollte sich durch eine besondere Offenheit und Transparenz sowie eine Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft auszeichnen. Zwar wurden durch die Öffentlichkeit der Sitzungen, mit einem Forum im Internet, einer Anhörung der Zivilgesellschaft im Konvent sowie der Abhaltung eines Jugendkonventes Zeichen dieser Offenheit und Beteiligung gesetzt, dennoch interessierten und beteiligten sich hauptsächlich organisierte Verbände und Lobbyisten an dem Prozess. Im Konvent wurde im Konsensverfahren beschlossen, d.h. es gab keine einzige Abstimmung; das Präsidium versuchte vielmehr den Mehrheitswillen innerhalb des Konventes zu verorten und die diskutierten Vorschläge entsprechend zu überarbeiten. Insofern kam dem Präsidium und insbesondere dem Konventspräsidenten Giscard eine besondere Bedeutung zu. Da Giscard nicht selten einen aristokratischen Führungsstil pflegte, war seine Rolle umstritten, auch wenn sie letztlich der Ergebnisfindung diene. Nach nur 17 Monaten legte der Konvent am 18. Juli 2003 der italienischen Ratspräsidentschaft den Entwurf für einen einheitlichen Verfassungstext vor.²¹

Im Anschluss durchlief dieser Verfassungsentwurf des Konvents eine Regierungskonferenz. Dort standen sich zwei Gruppen gegenüber: Deutschland und Frankreich als Befürworter eines „Durchwinkens“ ohne große Änderungen am Entwurf, auf der anderen Seite Polen und Spanien, die den Vorschlag zum Abstimmungsverfahren im Ministerrat ablehnten, weil ihnen im Nizza-Vertrag eine vorteilhafte Stimmengewichtung eingeräumt worden war, an der sie festhalten wollten. Die italienische Rats-

präsidentschaft, namentlich Ministerpräsident Silvio Berlusconi, war nicht in der Lage, zwischen den Parteien zu vermitteln, so dass der erste Verfassungsgipfel im Dezember 2003 scheiterte. Erst nachdem durch einen Regierungswechsel in Spanien Polen mit seiner Position alleine stand, konnte dank des Verhandlungsgeschicks der irischen Präsidentschaft in einem zweiten Anlauf am 18. Juni 2004 in Brüssel eine Einigung erzielt und nach geringen Änderungen der Vertrag über eine Verfassung für Europa beschlossen werden.

Die Verfassung und das Scheitern ihrer Ratifikation

Dieser Verfassungsvertrag sollte die bisherigen Verträge in einem Dokument zusammenführen und umfasste statt bisher rund 700 nur noch 448 Artikel, die – neben einer Präambel – in vier Teile gegliedert waren. Davon beinhaltete der erste die Grundbestimmungen zu Werten und Zielen sowie zu den Zuständigkeiten und Organen der Union und damit auch die institutionellen Neuerungen. Als zweiter Teil sollte die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich in die Verfassung aufgenommen werden. Der dritte und umfangreichste Abschnitt umfasste die Ausführungen zu den Organen und Politiken der Union und bestand überwiegend aus Bestimmungen des bislang bereits geltenden EG-Vertrages, während im vierten Abschnitt lediglich Übergangs- und Schlussbestimmungen festgehalten waren.

Neben der klareren Abgrenzung der Zuständigkeitsverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten sollte die Verfassung auch institutionell umfangreiche Neuerungen mit sich bringen: die Einführung eines Präsidenten des Europäischen Rates sowie eines Europäischen Außenministers, der aus dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten und dem Hohen Vertreter für die GASP in einem „Doppelhut“ verschmolzen und von einem Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt werden sollte, eine Stärkung des Europäischen Parlaments, das nahezu gleichberechtigt mit dem Ministerrat entscheiden und stärker an der Wahl des Kommissionspräsidenten mitwirken sollte, sowie eine Verkleinerung der Kommission ab dem Jahr 2014. Bei den Entscheidungsprozessen stand eine „doppelte Mehrheit“ im Ministerrat im Vordergrund, die mit dem Erfordernis von 55 Prozent der Mitgliedstaaten bei gleichzeitiger Repräsentation von 65 Prozent der Unionsbevölkerung zu einer Vereinfachung und höheren Transparenz in der Entscheidungsfindung führen sollte. Hinzu kam die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die Mitentscheidung

des Parlamentes als Regelfall, die Verringerung und Vereinfachung der EU-Rechtsinstrumente, ein Frühwarnmechanismus, mit dem nationale Parlamente bereits im Vorfeld der Gesetzgebung gegen mögliche Subsidiaritätsverstöße der EU hätten vorgehen können, und die Einführung einer Bürgerinitiative auf europäischer Ebene.²²

Die Verfassung wurde von den Staats- und Regierungschefs am 29. Oktober 2004 feierlich auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Sarkastisch wurde dabei angemerkt, dass dies unter einer monumentalen Statue Papst Urbans VIII. (1623-1644) geschah, während man sich in der Verfassung weder auf einen Gottesbezug noch auf die Erwähnung der christlichen Wurzeln einigen konnte, sondern sich in der Präambel recht unbestimmt auf das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas“ beruft.²³ Nach der Ratifikation in den Mitgliedstaaten sollte die Verfassung am 1. November 2006 in Kraft treten. Der Ratifizierungsprozess erlitt aber einen schweren Rückschlag, als sich sowohl die Bevölkerung in Frankreich am 29. Mai 2005 als auch in den Niederlanden drei Tage später in Referenden gegen die Europäische Verfassung aussprach. Der Europäische Rat am 16./17. Juni 2005 in Brüssel beschloss als Reaktion auf die negativen Volksabstimmungen eine einjährige „Denkpause“, die jedoch weniger als Phase zum Denken denn als Pause vom Denken genutzt wurde. Dass auf dem gleichen Gipfel die Verhandlungen über die mittelfristige Finanzplanung der EU vorläufig scheiterten, führte zunächst zu einer tiefen europäischen Krise, aus der sich die Union nur langsam herausarbeiten konnte.

Der Weg zum Vertrag von Lissabon

Als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2005 an ihrer ersten Tagung des Europäischen Rates teilnahm, stand die Frage der Finanzierung der Europäischen Union erneut auf der Tagesordnung. Ihrer vermittelnden Rolle ist es maßgeblich zu verdanken, dass auf diesem Gipfel eine Einigung über die Finanzplanung zustande kommen konnte. Nicht zuletzt verzichtete sie zugunsten Polens auf einen Teil der Deutschland zustehenden europäischen Förderungen, um einen Kompromiss herbeizuführen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Erfolgs setzten die europäischen Partner große Hoffnungen in die Bundeskanzlerin, Europa auch aus seiner konstitutionellen Krise herausführen zu können. Deshalb beauftragte der Europäische Rat am Ende der „Denkpause“ im Juni 2006 die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, die

Möglichkeiten für eine Umsetzung der Verfassung mit den europäischen Partnern auszuloten. Die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft waren hoch. Kommissionspräsident José Manuel Barroso beschwor unter dem Eindruck der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 in Deutschland sogar den „Klinsmann-Effekt“ und zeigte sich überzeugt, Angela Merkel könne „so etwas werden wie der Jürgen Klinsmann der Politik“.²⁴ Die politische Lage war indes ausgesprochen schwierig: Auf der einen Seite hatte mit 18 von 27 EU-Staaten eine deutliche Mehrheit den Verfassungsvertrag ratifiziert, z.T. auch noch während der „Denkpause“, so z.B. Luxemburg in einer Volksabstimmung gleich am 10. Juli 2005 und Finnland noch symbolisch während seiner Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2006, auf der anderen Seite gab es mit Frankreich und den Niederlanden zwei Gründungsmitglieder der EG, die den Vertrag in Volksabstimmungen abgelehnt hatten, auch wenn die Gründe der negativen Referenden widersprüchlich und zu einem großen Teil auch innenpolitisch bedingt waren. Dazwischen hatten eine Reihe von Staaten, darunter z. B. Großbritannien, Polen und Tschechien, in denen eine Zustimmung nicht selbstverständlich war, bis dahin noch nicht über eine Ratifikation abgestimmt. Gerade aus diesen Ländern kam nun erheblicher Widerstand gegen eine Umsetzung der Europäischen Verfassung.

Die deutsche Ratspräsidentschaft versuchte zunächst, die EU-Mitglieder überhaupt auf das Ziel einer institutionellen Reform einzuschwören. Gelegenheit dazu bot der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2007. Um diesen Anlass feierlich zu begehen, hatte Bundeskanzlerin Merkel zu einer Sondertagung des Europäischen Rates eingeladen, in dessen Rahmen die Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Erklärung abgeben sollten, die sowohl die Erfolge der europäischen Integration herausstellen als auch die Zukunft der Union skizzieren sollte. Die Verhandlungen um diese Erklärung erwiesen sich als außerordentlich schwierig und wurden von der deutschen Ratspräsidentschaft von Anfang an auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs angesiedelt. Letztlich gelang es, in der „Berliner Erklärung“ alle Mitgliedsstaaten darauf zu verpflichten, bis zu den Europawahlen im Jahr 2009 eine neue konstitutionelle Grundlage für die EU in Kraft zu setzen.²⁵ Auf dieser Grundlage konnten die weiteren Verhandlungen über die Reform der EU in Angriff genommen werden, die auf dem Gipfel am 21./22. Juni 2007 in Brüssel zum Abschluss kamen. Während insbesondere Großbritannien und Polen unnachgiebig Forderungen stellten und sich z. B. gegen eine Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta

wehrten, hatten die so genannten „Freunde der Verfassung“ in einem eigenen Treffen im Vorfeld des EU-Gipfels noch einmal ihren Willen unterstrichen, an den bereits von allen Partnern beschlossenen Inhalten der Verfassung festzuhalten. Polen wollte bis zum Schluss vor allem das Beschlussverfahren der „doppelten Mehrheit“ im Ministerrat verhindern. Erst als Ratspräsidentin Merkel während der Verhandlungen in Brüssel damit drohte, auch ohne die Zustimmung Polens das Mandat für eine neue Regierungskonferenz zu beschließen, lenkten der polnische Präsident Lech Kaczyński und sein in Warschau verbliebener Zwillingsbruder, Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, ein und stimmten einer Einigung zu. Dabei war es ihnen jedoch gelungen, das Inkrafttreten der „doppelten Mehrheit“ bis zum Jahr 2014, in Einzelfragen sogar bis 2017 hinauszuschieben.

Daneben waren weitere Änderungen vorgenommen worden: Zunächst sollte kein völlig neuer Vertragstext eingeführt, sondern Änderungen in die beiden bestehenden Verträge eingearbeitet werden. Die Grundrechtecharta wurde kein Bestandteil der Verträge. Sie soll aber die gleiche Rechtsverbindlichkeit erhalten. Zudem stellten Großbritannien und Polen heraus, dass die Charta im nationalstaatlichen Bereich für ihre beiden Länder keine neuen Grundrechte konstituiert. Des Weiteren wurden vor allem symbolische Änderungen vorgenommen, die dem bisherigen Verfassungsvertrag den möglicherweise suggerierten Staatscharakter nehmen sollten. Insofern wurde auf die Festschreibung der Flagge, der Hymne und eines Wahlspruchs verzichtet, was jedoch nicht bedeutet, dass diese Symbole nicht weiter gelten sollen. Auch das Amt des Europäischen Außenministers soll sich trotz gleichbleibender Kompetenzen mit einer bescheideneren Bezeichnung begnügen. Darüber hinaus wurden auch einige Ergänzungen vorgenommen, z. B. eine weitere Stärkung der nationalen Parlamente. Insgesamt wurden die wichtigsten Inhalte der Verfassung in der Einigung auf einen neuen Reformvertrag umgesetzt.²⁶ Aufgrund dieses sehr detaillierten Mandats des EU-Gipfels konnte die nachfolgende portugiesische Ratspräsidentschaft in sehr kurzer Zeit eine Regierungskonferenz abhalten, so dass bereits am 18./19. Oktober 2007 der Vertrag von Lissabon beschlossen und am 13. Dezember unterzeichnet wurde.²⁷

IV. PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMSETZUNG DES VERTRAGS VON LISSABON

Nachdem Ratifikationsprobleme die Umarbeitung der Europäischen Verfassung in den neuen Reformvertrag notwendig gemacht hatten, wollten die Staats- und Regierungschefs ein erneutes Scheitern der Ratifikation verhindern und, wenn möglich, in ihren Staaten parlamentarisch über den neuen Vertrag entscheiden. Nur Irland ist aufgrund seiner Verfassung gezwungen, eine Volksabstimmung über EU-Verträge durchzuführen. Aus diesem Grund fand am 12. Juni 2008 in Irland ein Referendum über den Vertrag von Lissabon statt, bei dem sich die Bevölkerung mehrheitlich gegen die neue Vertragsgrundlage der EU aussprach. Die Union reagierte zunächst gelassen und überließ es der irischen Regierung, einen Vorschlag über das weitere Verfahren zu unterbreiten. Bereits der Vertrag von Nizza war im Jahr 2001 in Irland zunächst gescheitert und erst in einem zweiten Referendum ratifiziert worden. So schlug die irische Regierung den europäischen Partnern im Dezember 2008 auch vor, den Vertrag von Lissabon erneut zur Abstimmung zu stellen. Im Gegenzug machte die EU einige Zusagen an Irland, die den in der irischen Ratifikationsdebatte geäußerten Ängsten entgegenwirken sollen. In Irland war die Befürchtung geweckt worden, der Vertrag könne Auswirkungen auf die Neutralität Irlands oder auf die strengen Abtreibungsregeln des katholischen Landes haben. Während richtigstellende Erklärungen in diesen Fragen inhaltlich völlig unproblematisch für die Union sind, wich der Europäische Rat am 11./12. Dezember 2008 aber in einem bedeutenden Punkt auch vom Inhalt des Vertragsentwurfs ab und beschloss, auf eine Verkleinerung der Europäischen Kommission ab dem Jahr 2014, wie sie im Vertrag von Lissabon vorgesehen war, zu verzichten. Auf dieser Grundlage will Irland nun bis zum Oktober 2009 erneut über den Vertrag entscheiden.

Daneben gibt es aber auch in einigen Ländern, die den Vertrag parlamentarisch ratifizieren, Probleme: In Polen ist die Ratifikation zwar bereits vom Parlament beschlossen, der Präsident Lech Kaczyński will die Ratifikation jedoch erst im Falle eines positiven Ausgangs des zweiten irischen Referendums unterschreiben. Auch in Deutschland steht die Ausfertigung der Ratifikation durch den Bundespräsidenten noch aus. Horst Köhler hat angekündigt, den Ausgang eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht zum Vertrag von Lissabon abzuwarten, wo unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und

die Bundestagsfraktion der „Linken“ gegen die Ratifikation geklagt haben. Bundespräsident Köhler hat seine politische Haltung zum Vertrag jedoch deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er seine Unterschrift bereits geleistet hat, die formale Ausfertigung aber noch hinauszögert. Das Bundesverfassungsgericht hat am 10./11. Februar 2009 eine mündliche Verhandlung durchgeführt und wird bis zum Sommer eine Entscheidung über die Vereinbarkeit des Vertrags von Lissabon mit dem Grundgesetz treffen.

In der Tschechischen Republik gibt es in der konservativen Regierungspartei ODS zahlreiche europakritische Vertreter und skeptische Stimmen zum Vertrag von Lissabon. Nach einer ersten erfolglosen Klage vor dem tschechischen Verfassungsgericht hat die erste Kammer des Parlaments zwar über die Ratifikation bereits abgestimmt. Die Entscheidung im Senat wird jedoch immer wieder hinausgezögert und aus innenpolitischen Gründen mit der Frage der Stationierung von amerikanischen Abwehrraketen in Tschechien verknüpft, mit der die sozialdemokratische Opposition nicht einverstanden ist. Überdies droht der tschechische Präsident Václav Klaus, der ehemalige Ehrenvorsitzende der ODS, der die Partei vor allem wegen der weniger kritischen Einstellung ihres Vorsitzenden zur Europafrage verlassen hat, damit, die Ratifikation des Lissabon-Vertrags nicht zu unterzeichnen. In dieser kritischen Situation in Tschechien, die für das derzeit den EU-Ratsvorsitz führende Land peinlich genug wäre, kommt der Sturz der Regierung im März 2009 zu einem europapolitisch denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Denn in dem entstehenden Machtvakuum könnte die Ratifikation des Vertrages in Tschechien damit grundsätzlich ins Wanken geraten.

Dass die Ratifikation des Vertrags von Lissabon noch nicht abgeschlossen ist, verkompliziert auch die vom 4.-7. Juni 2009 anstehenden Europawahlen und das anschließende Verfahren zur Bestellung einer neuen Europäischen Kommission. Schließlich will und kann man die neuen Regelungen nicht ignorieren, die nur wenige Wochen später im Herbst 2009 in Kraft treten sollen, im Sommer aber eben noch nicht gültig sind und deren Beschluss auch noch nicht als völlig sicher gelten kann. Nach dem derzeit noch geltenden Vertrag von Nizza müsste die nach den Europawahlen zu bestellende EU-Kommission verkleinert werden. Die Zusicherung der EU an Irland, mit dem Vertrag von Lissabon keine Verkleinerung vorzunehmen, lässt es deshalb sinnvoll erscheinen, die Ernennung einer neuen Kommission auf den Herbst zu verschieben und

das Mandat der bisherigen Kommission bis dahin zu verlängern. Da eine ganze Reihe von amtierenden EU-Kommissaren aber für das neue Europäische Parlament kandidiert, wird die Handlungsfähigkeit der Kommission sicherlich für einige Zeit deutlich eingeschränkt sein. Auch die Größe und Zusammensetzung des Europäischen Parlaments würde sich mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ändern. Insofern werden einige Länder gehalten sein, einige Abgeordnete „auf Vorrat“ zu wählen, die nach einer erfolgreichen Ratifikation im Herbst in das Parlament einziehen könnten.

Aber auch innerhalb des Europäischen Parlaments wird es im Zuge der Europawahlen vermutlich zu bedeutenden Verschiebungen kommen: Die britischen Konservativen haben angekündigt, gemeinsam mit der tschechischen ODS, die gemeinsame Fraktion mit den Christdemokraten der Europäischen Volkspartei (EVP) zu verlassen und mit weiteren Partnern eine neue konservative Fraktion zu begründen. Diese Entscheidung könnte die bisherige Stellung der EVP-Fraktion als stärkste Kraft im Europäischen Parlament gefährden und wird die Mehrheitsfindung innerhalb des Parlaments sicherlich erschweren. Darüber hinaus stellt dieser Schritt auch die bisherige Öffnungsstrategie der christdemokratischen EVP gegenüber konservativen Parteien in Frage. Offen ist auch, welche Mehrheitsbildungen im neuen Parlament möglich sein werden. Dies gilt zum einen für das Amt des Parlamentspräsidenten, das sich derzeit – nach der kurzen Phase einer christdemokratisch-liberalen Mehrheit im Parlament – wieder EVP und Sozialdemokraten untereinander aufteilen. Aber auch der Präsident der Europäischen Kommission soll nach den Regeln des Lissabon-Vertrages im Lichte des Ergebnisses der Europawahl bestellt werden. Bereits 2004 hat sich gezeigt, dass diese Regelung nicht mehr übergangen werden kann, auch wenn sie noch nicht formal in Kraft getreten ist. Die EVP hat den bisherigen Kommissionspräsidenten Barroso bereits zu ihrem Kandidaten für das Amt an der Spitze der Europäischen Kommission erklärt, während die europäischen Sozialdemokraten von der Benennung eines eigenen Kandidaten absehen. Des Weiteren ist fraglich, welche Rolle europakritische Kräfte im neuen Europaparlament spielen werden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet die Partei „Libertas“, die aus der irischen Nein-Kampagne zum Vertrag von Lissabon hervorgegangen ist, sich unter diesem Namen in verschiedenen EU-Ländern zur Wahl stellt. D.h. im Klartext: die erste wirklich europäisch ausgerichtete Partei ist inhaltlich europakritisch.

Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat in den letzten Monaten in vielen europäischen Staaten zu einem Umdenken und zu einem Stimmungsumschwung geführt. In Irland treten im Vorfeld des zweiten Lissabon-Referendums die Vorteile der EU-Mitgliedschaft wieder stärker in den Vordergrund. In Großbritannien, Dänemark und Polen werden die Vorteile einer Einführung des Euro diskutiert und das dem Staatsbankrott nur knapp entkommene Island könnte Zuflucht unter dem Dach der Europäischen Union suchen. In der Krise hat sich die EU als Hort der Stabilität und Solidarität erwiesen. Diese schwierige Situation hat insofern noch einmal deutlich gemacht, dass im Rahmen einer ökonomisch und gesellschaftlich globalisierten Welt die Europäische Union nicht Teil des Problems ist, sondern für die Europäer die Lösung darstellt. Gleichwohl stellt die Krise auch die Europäische Union vor die Herausforderung, Solidarität in Europa und darüber hinaus neu zu definieren. Vor diesem Hintergrund braucht die EU eine tragfähige Rechtsgrundlage, funktionsfähige Institutionen und stabile politische Verhältnisse. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Entscheidung über das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon werden in den kommenden Monaten die Weichen für das europäische Integrationsprojekt neu gestellt.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- *BECKER, PETER / LEISSE, OLAF: Die Zukunft Europas. Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, Wiesbaden 2005.*
- *CLEMENS, GABRIELE / REINFELDT, ALEXANDER / WILLE, GERHARD: Geschichte der europäischen Integration, Paderborn 2008.*
- *DECKER, FRANK / HÖRETH, MARCUS (HRSG.): Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden 2009.*
- *GEHLER, MICHAEL: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2005.*
- *GEHLER, MICHAEL (HRSG.): Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007, Wien – Köln – Weimar 2009 (Historische Forschungen. Veröffentlichungen, Bd. 5).*

- *HRBEK, RUDOLF (HRSG.): Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Spezifika und Profile, Berlin 2006.*
- *KIPPING, MATTHIAS: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944-1952, Berlin 1996 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 46).*
- *KNIPPING, FRANZ: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas (20 Tage im 20. Jahrhundert), München 2004.*
- *KRIENKE, MARKUS / BELAFI, MATTHIAS (HRSG.): Identitäten in Europa – Europäische Identität, Wiesbaden 2007.*
- *KÜHNHARDT, LUDGER: European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration, Baden-Baden 2008 (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bd. 67).*
- *KÜSTERS, HANNS JÜRGEN: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.*
- *LOTH, WILFRIED: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, 3. Aufl., Göttingen 1996.*
- *MERKEL, ANGELA (HRSG.): Europa und die deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung: Bilanz und Ausblick, Freiburg i. Br. 2000.*
- *MITTAG, JÜRGEN: Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart, Münster 2008.*
- *RINSCHKE GÜNTER (HRSG.): Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Köln – Weimar – Wien 1997.*
- *RINSCHKE, GÜNTER / FRIEDRICH, INGO (HRSG.): Europa als Auftrag. Die Politik deutscher Christdemokraten im Europäischen Parlament 1957-1997. Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union. Köln – Weimar – Wien 1997.*
- *WEIDENFELD, WERNER (HRSG.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2008 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 689).*

- WEIDENFELD, WERNER (HRSG.): *Die Staatenwelt Europas, Bonn 2008* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 688).
- WEIDENFELD, WERNER / WESSELS, WOLFGANG (HRSG.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 11. Aufl., Baden-Baden 2009.*
- WEILER, JOSEPH H. H.: *Ein christliches Europa. Erkundungsgänge, Salzburg – München 2004.*
- WESSELS, WOLFGANG: *Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden 2008.*

* unter Mitwirkung von Heiner Timmermann

- 1| Siehe zu Coudenhove-Kalergi vor allem die ausführliche Darstellung: Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita: *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien – Köln – Weimar 2004. Aktuell die kritische Auseinandersetzung: Wyrwa, Ulrich: Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: Historische Zeitschrift, Bd. 283, H. 1 (August 2006), S. 103-122.*
- 2| Coudenhove-Kalergi, Richard N. *Pan-Europa, Wien 1923, Nachdruck der Erstauflage zuletzt: Augsburg 1998.*
- 3| Vgl. Lipgens, Walter, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen, 1940-1945, München 1968* (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 26).
- 4| Zu Schuman siehe Seitlinger, Jean / Lückner, Hans August: *Robert Schuman und die Einigung Europas, Bonn 2000.*
- 5| Zu Adenauer siehe Schwarz, Hans-Peter: *Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg: 1876-1952, Stuttgart 1986, Bd. 2: Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991. Zu Adenauers Europapolitik: Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976; zuletzt: Schwarz, Hans-Peter: Adenauer und Europa: Was bleibt?, in: Schlie, Ulrich (Hrsg.): *Horst Osterheld und seine Zeit, Wien – Köln – Weimar 2006, S. 81-97.**
- 6| Zu De Gasperi siehe Kohler, Adolf: *Alcide De Gasperi. 1881-1954. Christ, Staatsmann, Europäer. Bonn 1979. Zuletzt: Conze, Eckart / Corni, Gustavo / Pombeni, Paolo: Alcide de Gasperi: un percorso europeo, Bologna 2005 (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 65).*
- 7| Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950, in: *Europa Archiv 5 (1950), H. 11, S. 3091-3092, S. 3091. Auch online unter www.kas.de.*
- 8| Vgl. Loth, Wilfried: *Der Weg nach Rom. Entstehung und Bedeutung der Römischen Verträge, in: integration 30 (2007), H. 1, S. 36-43.*

- 9| *Christlich-Demokratische Union Deutschlands: „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“. Grundsatzprogramm, beschlossen vom 26. Bundesparteitag vom 23.-25. Oktober 1978 in Ludwigshafen, online unter www.kas.de, hier: S. 40.*
- 10| Schneider, Heinrich: *Jacques Delors. Mensch und Methode, Wien 2001* (Reihe Politikwissenschaft, H. 73), auch online unter: <http://aei.pitt.edu>. Zuletzt auch die *Memoiren Delors: Erinnerungen eines Europäers, Berlin 2004.*
- 11| Zu Kohl siehe: Vogel, Bernhard (Hrsg.): *Ein Leben für Deutschland und Europa. Helmut Kohl – Stationen eines politischen Lebens, Düsseldorf 2005; Gaddum, Eckart: Die deutsche Europapolitik in den 1980er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl, Paderborn u.a. 1994. Zu Mitterand: Giesbert, Franz-Olivier: François Mitterrand. Die Biographie, Berlin 1997.*
- 12| *Christlich-Demokratische Union: „Freiheit in Verantwortung“. Grundsatzprogramm, beschlossen vom 5. Parteitag vom 20.-23. Februar 1994 in Hamburg, auch online unter www.kas.de, hier: S. 88.*
- 13| Rosengarten, Ulrich: *Die Genscher-Colombo-Initiative. Baustein für die Europäische Union, Baden-Baden 2008.*
- 14| Dazu: Küsters, Hanns Jürgen: *Nach dem Fall der Mauer. Ein Drahtseilakt von Kohl und Mitterand, in: Die Politische Meinung, Nr. 398, Januar 2003, S. 36-43.*
- 15| *Helmut Kohl am 28.11.1989 vor dem Deutschen Bundestag (11. WP, 177. Sitzung), abgedruckt in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bd. 151, hier: S. 13513. Auch im Internet unter: <http://dip.bundestag.de>*
- 16| *Zur Analyse und Bewertung des Vertrages von Maastricht vor allem: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994.*
- 17| *Zum Amsterdamer Vertrag vgl. Piepenschneider, Melanie: Der Vertrag von Amsterdam. Analyse und Bewertung, 3., überarb. Aufl. Sankt Augustin 1998; ausführlich: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Amsterdam in der Analyse, Gütersloh 1998.*
- 18| Vgl. Stuth, Reinhard: *Der Vertrag von Nizza – eine kritische Analyse, Sankt Augustin 2001* (Zukunftsforum Politik, Nr. 21), online unter www.kas.de; weiterhin: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Nizza in der Analyse, Gütersloh 2001.*
- 19| *Zur Grundrechtecharta: Meyer, Jürgen (Hrsg.): Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 2. Aufl., Baden-Baden 2006; Tettinger, Peter J. / Stern, Klaus (Hrsg.): Kölner Gemeinschaftskommentar zur Europäischen Grundrechte-Charta, München 2006.*
- 20| *Zu den Gruppen und der Arbeitsweise im Konvent siehe: Steppacher, Burkard: „Wer handelt im Europäischen Konvent? Akteure, Einfluss, Gestaltungskraft“, in: Gellner, Winand / Strohmeier, Gerd (Hrsg.): Politische Strukturen und Prozesse im Wandel, Baden-Baden 2005 (Politik im Netz-Jahrbuch 2004), S. 119-132.*
- 21| *Zum Verfassungsentwurf siehe das Themenheft „Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents“: integration 26 (2003), H. 4.*
- 22| *Zur Analyse und Bewertung des Verfassungsvertrages: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005; Höreth, Marcus / Janowski, Cordula / Kühnhardt, Ludger (Hrsg.): Die Europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturauswahlentscheidungen, Baden-Baden 2005 (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bd. 65).*
- 23| *Näher dazu: Belafi, Matthias: Christliche Werte und Europäische Verfassung, in: Heit, Helmut (Hrsg.): Die Werte Europas. Verfassungspatriotismus und Wertegemeinschaft in der EU?, Münster 2005, S. 70-84.*

- 24| Bolzen, Stefanie: Barroso beschwört Klinsmann-Effekt, in: *Die Welt* v. 01.12.2006; EU will Strompreis-Wahnsinn stoppen. Interview mit José Manuel Barroso, in: *Bild am Sonntag* v. 24.12.2006.
- 25| Goosmann, Timo: Die „Berliner Erklärung“. Dokument europäischer Identität oder pragmatischer Zwischenschritt zum Reformvertrag?, in: *integration* 30 (2007), H. 3, S. 251-263; Oppermann, Thomas: Die Berliner Erklärung vom 25. März 2007. Instrument zur „Erneuerung der politischen Gestalt Europas“, in: Ipsen, Jörn / Stüer, Bernhard (Hrsg.): *Europa im Wandel. Festschrift für Hans-Werner Rengeling zum 70. Geburtstag am 25. Februar 2008, Köln – München 2008*, S. 609-618.
- 26| Siehe zum Mandat des Gipfels: Seeger, Sarah / Emmanouilidis, Janis A.: *Ausweg oder Labyrinth? Analyse und Bewertung des Mandats für die Regierungskonferenz, CAP-Analyse 5/2007. Allgemein zur Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft; Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, CAP-Analyse 6/2007. Beide pdf-Dokumente können unter www.cap.lmu.de herunter geladen werden.*
- 27| Zur Bewertung des Vertrags von Lissabon siehe: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union, Baden-Baden 2008 (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, Bd. 20)*; Pernice, Ingolf (Hrsg.): *Der Vertrag von Lissabon. Reform der EU ohne Verfassung? Kolloquium zum 10. Geburtstag des WHI, Baden-Baden 2008 (Schriftenreihe europäisches Verfassungsrecht, Bd. 30)*; Schwarze, Jürgen / Hatje, Armin (Hrsg.): *Der Reformvertrag von Lissabon, Baden-Baden 2009 (Europarecht, Beiheft 1/2009)*.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE EUROPAPOLITIKER

EUROPÄISCHE BIOGRAPHIEN (AUSWAHL)

KONRAD ADENAUER (1876-1967), DEUTSCHLAND

Westintegration, Aussöhnung mit Frankreich, Aufbau der europäischen Institutionen: dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist das Fundament des europäischen Zusammenschlusses zu verdanken. Adenauer war von 1917 bis zu seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten (1933) Oberbürgermeister von Köln; danach mehrfach in Gestapo-Haft. 1946 wurde er Vorsitzender der CDU in der britischen Zone und ab 1949 Bundesvorsitzender. 1948 wurde er Präsident des Parlamentarischen Rates, von dem 1949 das Grundgesetz ausgearbeitet und verabschiedet wurde. Adenauer zählt damit zu den Gründungsvätern der Bundesrepublik Deutschland. Ab 1949 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und erster Bundeskanzler bis zu seinem Rücktritt 1963. Zu seinen Verdiensten gehören unter anderem die Verwirklichung der Montanunion 1951, die Römischen Verträge 1957, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag 1963. Adenauer hatte maßgeblichen Anteil daran, dass sich ein europäisches Identitätsbewusstsein entwickeln konnte, das auch heute die Europäische Gemeinschaft zusammenhält und legitimiert. 1954 wurde ihm der Internationale Karlspreis verliehen: „Dem kraftvollen Förderer eines einigen Europa“.

GIULIO ANDREOTTI (GEB. 1919), ITALIEN

Andreottis lange politische Karriere begann 1944 bei der *Democrazia Cristiana* (DC). Als enger Weggefährte des späteren Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi gehörte er 1946 der verfassungsgebenden Versammlung und ab 1947 dem italienischen Parlament an. Über Jahrzehnte hat der christdemokratische Jurist und überzeugte Europäer die italienische Politik geprägt: Er war sieben Mal Ministerpräsident, mehrfach Minister und Staatssekretär sowie langjähriges Vorstandsmitglied der DC. Für die europäische Integration engagierte er sich 1979 bis 1984 als Mitglied des Europäischen Parlaments, 1983 bis 1985 als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), 1987 wurde er Vizepräsident der Europäischen Bewegung.

JOSÉ MARÍA AZNAR (GEB. 1953), SPANIEN

Spaniens Einbindung in die Europäische Gemeinschaft nach dem Beitritt 1986 zählte zu den Leitthemen in Aznars politischer Laufbahn. Von 1982 bis 1987 war er Generalsekretär der rechtskonservativen *Alianza Popular* (AP), ab 1990 Vorsitzender der Nachfolgepartei *Partido Popular* (PP). Von 1987 bis 1989 amtierte er als Regierungschef der Region Kastilien-Leon, 1995 verübte die ETA ein Sprengstoffattentat auf ihn. Nach dem Wahlsieg des PP wurde Aznar 1996 spanischer Ministerpräsident. Umstritten war sein Engagement im Irak-Konflikt und seine Informationspolitik nach den Terroranschlägen in Madrid, 2004 wurde er abgewählt. Von 2001 bis 2006 war Aznar Vorsitzender des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

JOSÉ MANUEL BARROSO (GEB. 1956), PORTUGAL

Der Präsident der Europäischen Kommission gehört dem christlich-bürgerlich orientierten *Partido Social Democrata* (PSD) an. Barrosos politischer Weg in Portugal: von 1985 bis 1987 Unterstaatssekretär im Innenministerium, von 1987 bis 1992 Staatssekretär für Äußeres und internationale Zusammenarbeit, von 1992 bis 1995 Außenminister, von 2002 bis 2004 Ministerpräsident. Internationale Anerkennung erhielt der Europapolitiker und Wissenschaftler immer wieder für seine außenpolitischen Leistungen, so bei zahlreichen Friedensmissionen auf internationaler Ebene. Barroso war von 1999 bis 2002 Stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) und von 2001 bis

2005 Stellvertretender Vorsitzender des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

JOSEPH BECH (1887-1975), LUXEMBURG

Joseph Bech zählt zu den Gründungsvätern der Europäischen Gemeinschaft, er war Mitbegründer der Montanunion und zeitlebens ein konsequenter Verfechter des Europagedankens. Für die katholische Rechtspartei wurde er 1914 Abgeordneter im Luxemburgischen Parlament; ab 1921 war er vier Jahre Justiz- und Erziehungsminister, von 1926 bis 1937 Staatsminister und Präsident der Regierung. Von 1937 bis 1953 war er Außenminister und Minister für Weinbau, davon mehrere Jahre Mitglied der Exilregierung (1940 bis 1945). Von 1953 bis 1958 bekleidete der Politiker der *Chreschtlech Sozial Vollekspartei* (CSV) das Amt des Staatsministers und des Präsidenten der Regierung; danach übernahm er wieder das Amt des Außenministers (1958 bis 1959) sowie das des Außenhandelsministers und Ministers für Weinbau. In der Nachkriegsphase wirkte er maßgeblich am europäischen Integrationsprozess mit. 1960 wurde er für seine Verdienste mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet.

HEINRICH VON BRENTANO (1904-1964), DEUTSCHLAND

Der erste Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (1955 bis 1961) zählt zu den Wegbereitern der Europäischen Union. Seine parlamentarische Laufbahn begann der CDU-Politiker im hessischen Landtag (1946 bis 1949). Als Weggefährte Adenauers war er Mitbegründer der CDU, als führendes Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948 bis 1949 einer der Verfassungsväter. Von 1949 bis 1964 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1949 bis 1955 und 1961 bis 1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1950 bis 1954 wirkte er als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Dem Europäischen Parlament gehörte er von 1952 bis zu seiner Ernennung zum Bundesaußenminister 1955 an.

EMILIO COLOMBO (GEB. 1920), ITALIEN

Über Jahrzehnte hat Emilio Colombo in zahlreichen politischen Ämtern die europäische Einigung vorangetrieben. Bereits als 26jähriger gehörte der Christdemokrat der Verfassungsgebenden Versammlung an und

von 1948 bis 1992 ununterbrochen dem italienischen Parlament. Er war Staatssekretär, hatte über viele Jahre verschiedene Ministerposten inne und wirkte von 1970 bis 1972 als italienischer Ministerpräsident. Danach wurde er italienischer Vertreter bei den Vereinten Nationen und von 1977 bis 1980 Präsident des Europäischen Parlaments. 1979 wurde Emilio Colombo mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. Bis 1992 war er Mitglied des Europäischen Parlaments, darüber hinaus engagierte er sich als Präsident des Weltverbandes der Christdemokratischen Parteien (IDC/CDI) von 1993 bis 1995.

GRAF RICHARD NIKOLAUS VON COUDENHOVE-KALERGI (1894-1972), ÖSTERREICH

Graf Coudenhove-Kalergi war ein Vordenker des geeinten Europa. 1923 gründete er unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkriegs die Paneuropäische Union. Ziel dieser ältesten europäischen Einigungsbewegung war ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa auf der Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments. Zu ihren Mitgliedern zählten große Europäer wie Konrad Adenauer, Thomas Mann und Albert Einstein. Unter den Nationalsozialisten wurde die Paneuropäische Union verboten, Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi musste emigrieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Paneuropäische Union in Westeuropa wieder aufgebaut. Graf Coudenhove-Kalergi erhielt für sein Wirken 1950 als erster den Internationalen Karlspreis, 1952 wurde er Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung.

JEAN-LUC DEHAEN (GEB. 1940), BELGIEN

Der Politiker der *Christen-Democratisch&Vlaams* (CD&V) war belgischer Premierminister von 1992 bis 1999. Er gehörte von 1972 bis 1982 den Kabinetten mehrerer Minister an, war Senator (1982 bis 1987), Mitglied der Abgeordnetenkammer (1987 bis 1995) und erneut Senator (1995 bis 2000). Als Minister für soziale Angelegenheiten und institutionelle Reform (1981 bis 1987) sowie als Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Verkehr und institutionelle Reform (1988 bis 1992) war er im Kabinett Martens verantwortlich. Nach dessen Rücktritt trat er 1992 als Premierminister bis 1999 an die Spitze einer konservativen belgischen Regierung. Jean-Luc Dehaene war von 2001 bis 2003 Vizepräsident des Europäischen Konvents, in dem die Europäische Verfassung ausgearbeitet wurde. 2004 wurde er in das Europäische Parlament gewählt.

BENITA MARIA FERRERO-WALDNER (GEB. 1948), ÖSTERREICH

Seit 2004 ist Benita Ferrero-Waldner Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik. Sie vertritt die EU gegenüber Drittländern und setzt sich intensiv für eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarländern im Osten sowie im Mittelmeerraum ein. Ihr Ziel ist es, Europa stärker als internationalen Akteur zu etablieren. Dabei verfügt die ÖVP-Politikerin über gute internationale Kontakte: Nach ihrem Wechsel von der Privatwirtschaft in den diplomatischen Dienst im Jahr 1984 führte sie ihre Arbeit nach Paris, Madrid und Dakar. 1994 wurde sie die erste weibliche Protokollchefin bei den Vereinten Nationen in New York. 1995 wechselte sie als Staatssekretärin ins österreichische Außenministerium. Fünf Jahre später übernahm Ferrero-Waldner als erste Frau das Amt der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten.

NICOLE FONTAINE (GEB. 1942), FRANKREICH

Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments ist eine der profiliertesten Europapolitikerinnen Frankreichs. Auf nationaler Ebene war Nicole Fontaine beim Generalsekretariat für das katholische Unterrichtswesen als stellvertretende Generalsekretärin (1972 bis 1984) und später als Generalbeauftragte tätig. Als Mitglied des Europäischen Parlaments (1984 bis 2002) widmete sie sich früh dem Thema „Europa der Bürger“. 1989 bis 1994 war sie Vizepräsidentin, 1994 bis 1999 erste Vizepräsidentin und 1999 bis 2002 Präsidentin des Europäischen Parlaments. Nach einem Einsatz im französischen Wirtschaftsministerium von 2002 bis 2004 als beigeordnete Ministerin für Industrie ist die Christdemokratin und Mitbegründerin der *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP) seit 2004 wieder Europaabgeordnete.

HANS FURLER (1904-1975), DEUTSCHLAND

Der CDU-Politiker war in zahlreichen politischen Funktionen einer der Protagonisten des europäischen Aufbauwerks. Als langjähriger Bundestagsabgeordneter (1953 bis 1972) galt sein Engagement konsequent der europäischen Integration. Er gehörte von 1955 bis 1973 der Gemeinsamen Versammlung der EGKS an, von 1956 bis 1958 als ihr Präsident. In diesem Amt war Furler maßgeblich an der Umsetzung der Römischen

Verträge beteiligt. Von 1960 bis 1962 übte er das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments aus. Zu Furlers Verdiensten zählt, dass sich im europäischen Parlament die Fraktionen nicht nach Nationalität, sondern nach parteipolitischer Zugehörigkeit gruppieren.

ALCIDE DE GASPERI (1881-1954), ITALIEN

Als Mitbegründer der Montanunion ist De Gasperi ein Europäer der ersten Stunde. Seine parlamentarische Laufbahn begann 1911 bis 1918 im österreichischen Reichsrat. Für die Italienische Volkspartei (PPI), die er 1919 mitbegründete, amtierte er bis zu ihrem Verbot 1926, danach war der Christdemokrat zwei Jahre inhaftiert. Die Nachfolgepartei *Democrazia Cristiana* (DC) leitete er als Generalsekretär von 1944 bis 1946 und 1953 bis 1954. Von 1944 bis 1945 war er italienischer Außenminister, das Amt des italienischen Ministerpräsidenten hatte er von 1945 bis 1953 inne, ab 1951 zusätzlich das des Außenministers. Neben großen Europäern und Weggefährten wie Adenauer, Schuman und Bech war De Gasperi einer der Wegbereiter der Montanunion, die 1951 verwirklicht wurde. 1952 erhielt er dafür den Internationalen Karlspreis. 1953 wurde er zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung der EGKS gewählt.

WALTER HALLSTEIN (1901-1982), DEUTSCHLAND

Walter Hallstein gehört zu den zentralen Architekten des europäischen Einigungswerkes, er war der erste Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seine politische Karriere begann er als Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten unter Konrad Adenauer im Bundeskanzleramt. Er war deutscher Delegationsleiter bei den Verhandlungen zur Gründung der EGKS; 1950 wurde er Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Als Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1951 bis 1958) war er an den Verhandlungen zur Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt. 1958 wurde er zum ersten Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ernannt; dieses Amt bekleidete er bis 1967. 1961 wurde er mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet. Der CDU-Politiker war von 1969 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1968 bis 1974 Präsident der Europäischen Bewegung. Nach ihm benannt ist die „Hallstein-Doktrin“, mit der die Bonner Deutschlandpolitik der 1960er Jahre gegen die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten arbeitete.

EGON A. KLEPSCH (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Der langjährige Vorsitzende der EVP-Fraktion begann seine politische Laufbahn als Bundesvorsitzender der Jungen Union (1963 bis 1969), 1964 bis 1970 war er ebenfalls Präsident der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten. Er gehörte dem Bundestag von 1965 bis 1980 an und war von 1973 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sein Wirken als Vorsitzender der EVP-Fraktion (1977 bis 1982 und 1984 bis 1992) hat das politische Gewicht der EVP im Europäischen Parlament erheblich gestärkt. Von 1992 bis 1994 war Egon Klepsch Präsident des Europäischen Parlaments. Von 1989 bis 1997 amtierte er als Präsident der Europa-Union Deutschland, seit 1997 ist er ihr Ehrenpräsident.

HELMUT KOHL (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Wegbereiter des Euro, Verfechter des Maastricht-Vertrages und des Vertrags zur Europäischen Union, Kanzler der deutschen Einheit: Helmut Kohl war sechzehn Jahre Bundeskanzler und führte die CDU 25 Jahre lang. Kohls politischer Weg begann in Rheinland-Pfalz im CDU-Landesvorstand, von 1959 bis 1979 war er Abgeordneter für die CDU im Landtag von Rheinland-Pfalz. 1963 wurde er Fraktionsvorsitzender, 1966 CDU-Landesvorsitzender und 1969 Ministerpräsident. 1964 wurde er Mitglied im CDU-Bundesvorstand, von 1973 bis 1998 war er Vorsitzender der CDU. 1976 wurde Kohl Mitglied des Deutschen Bundestags (bis 2002) und Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Von 1982 bis 1998 war er deutscher Bundeskanzler. Die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 gehört ebenso wie die Überwindung der deutschen Teilung zu den Meilensteinen seiner Amtszeit. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Französischen Republik François Mitterrand (1981 bis 1995) erhielt Helmut Kohl 1988 „in Würdigung ihres ununterbrochenen und erfolgreichen Strebens um dauerhafte Freundschaft ihrer Länder und um Erhaltung und Festigung der Europäischen Gemeinschaft“ den Internationalen Karlspreis. 1998 wurde der Altbundeskanzler von den Staats- und Regierungschefs der EU zum Ehrenbürger Europas ernannt.

HANS AUGUST LÜCKER (GEB. 1915), DEUTSCHLAND

Der CSU-Politiker ist einer der Mitbegründer der Europäischen Volkspartei (EVP), Europaparlamentarier der ersten Stunde und einflussreicher Agrarstrategie. Lückers begann seine politische Karriere als Generaldi-

rektor der bayerischen Landwirtschaftskammer von 1947 bis 1953. Von 1953 bis 1980 war er für die CSU Mitglied im Deutschen Bundestag. Von 1953 bis 1961 gehörte er der Beratenden Versammlung des Europarats und der WEU an. Er war ein enger Berater Walter Hallsteins und Berichtserstatter im Deutschen Bundestag zu den Römischen Verträgen 1957. 1958 gehörte er dem ersten Europäischen Parlament an – bis 1984 blieb er Mitglied. Er hatte maßgeblichen Einfluss auf die gemeinsame europäische Agrarpolitik, für die er von 1958 bis 1969 Generalberichterstatter und Sprecher des Parlaments war. Von 1969 bis 1975 war er Vorsitzender der Christdemokratischen Fraktion, von 1976 bis 1979 Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Als Co-Vorsitzender leitete er von 1977 bis 1984 er den Ausschuss zum Beitritt Spaniens.

WILFRIED MARTENS (GEB. 1936), BELGIEN

Der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und langjährige belgische Premierminister (1979 bis 1992) hat als Mitbegründer der EVP maßgeblich an der Zusammenführung der europäischen Christdemokraten und Volksparteien mitgewirkt. Martens politische Karriere begann Mitte der 1960er Jahre als Berater in verschiedenen Ministerkabinetten der belgischen Regierung. Als Berater von Leo Tindemans war er mit europäischen Grundsatzfragen beauftragt. Von 1972 bis 1979 war Martens Vorsitzender der belgischen CVP, von 1974 bis 1991 Abgeordneter im belgischen Parlament, von 1991 bis 1994 Senator. Seit 1990 amtiert Martens als Präsident der Europäischen Volkspartei, von 1994 bis 1999 war er Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Darüber hinaus engagierte er sich 1993 bis 1996 als Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und 2000 bis 2001 als Präsident des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien (IDC/CDI).

ALOIS MOCK (GEB. 1934), ÖSTERREICH

An Österreichs Integration in die Europäische Union war Alois Mock in den frühen 1990er Jahren als österreichischer Delegationsleiter bei den Beitrittsverhandlungen und Außenminister maßgeblich beteiligt. Der ÖVP-Politiker begann seine Laufbahn 1962 in der OECD-Vertretung in Paris, 1965 wurde er Sekretär im Büro des Bundeskanzlers, ein Jahr später Kabinettschef, dann Unterrichtsminister (1969 bis 1970), Vizekanzler (1987 bis 1989) und Außenminister (1987 bis 1995). 1970 bis

1987 und 1995 bis 1999 war Mock Abgeordneter im Nationalrat, von 1979 bis 1989 Bundesparteiobmann (Vorsitzender) der ÖVP. Alois Mock wirkte von 1983 bis 1987 als Präsident der Internationalen Demokratischen Union (IDU), er ist Mitbegründer der Europäischen Demokratischen Union (EDU) und war von 1979 bis 1998 ihr erster Vorsitzender.

KARL HEINZ NARJES (GEB. 1924), DEUTSCHLAND

Karl Heinz Narjes, von 1981 bis 1988 Mitglied der EG-Kommission, begann seinen politischen Weg 1955 als Attaché im Auswärtigen Amt. 1958 wurde er Legationsrat bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), 1963 Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission Walter Hallstein und 1968 Generaldirektor für Presse und Information der Kommission. Er trat 1967 in die CDU ein, war von 1969 bis 1973 Minister für Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Von 1972 bis 1981 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, von 1972 bis 1976 als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Von 1981 bis 1984 war Narjes EG-Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit und von 1984 bis 1988 Vizepräsident der EG-Kommission.

PIERRE PFLIMLIN (1907-2000), FRANKREICH

Pflimlins politisches Leben stand im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Einigung, er ist einer der Gründungsväter der Europäischen Union. 1944 trat er wie Robert Schuman dem neugegründeten MRP (Mouvement Républicain Populaire) bei, er wurde 1945 Stadtrat von Straßburg und Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. Er hatte zahlreiche Ministerämter im Frankreich der Nachkriegszeit inne, kurzzeitig (1958) auch das des Premierministers. 1956 wurde er Vorsitzender des MPR. Als langjähriger Bürgermeister (1959 bis 1983) machte Pflimlin Straßburg zu einem der Zentren europäischer Politik. Er war von 1962 bis 1967 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1963 bis 1966 wirkte er als Präsident der Europäischen Versammlung des Europarats. 1978 bis 1985 war er Vizepräsident der EVP. Von 1979 bis 1989 gehörte er erneut dem Europäischen Parlament an, von 1984 bis 1987 hatte er das Amt des Präsidenten inne.

HANS-GERT PÖTTERING (GEB. 1945), DEUTSCHLAND

Am 17. Januar 2007 wurde Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Der CDU-Politiker begann seine politische Laufbahn 1974 als europapolitischer Sprecher der Jungen Union in Niedersachsen. Von 1981 bis 1991 war er Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsens, von 1997 bis 1999 Präsident der Europa-Union Deutschlands. Seit 1979 gehört er dem Europäischen Parlament an. In den Jahren 1994 bis 1999 war er stellvertretender Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion und prägte von 1999 bis 2007 als Vorsitzender die Politik der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

GÜNTER RINSCHKE (GEB. 1930), DEUTSCHLAND

Der CDU-Politiker und langjährige Europaparlamentarier war von 1961 bis 1964 im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium tätig, danach von 1964 bis 1965 im Landesamt für Forschung in Düsseldorf. Von 1956 bis 1979 war er Ratsherr in Hamm, das Amt des Oberbürgermeisters hatte er von 1964 bis 1979 inne. Im Jahr 1978 wurde er zum Präsidenten des Städtetages von NRW gewählt. 1965 bis 1972 gehörte Rinsche dem Deutschen Bundestag an und von 1975 bis 1980 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen. Von 1979 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, war Günter Rinsche Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion. Von 1995 bis 2001 war Rinsche Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

JACQUES SANTER (GEB. 1937), LUXEMBURG

Der Präsident der Europäischen Kommission von 1995 bis 1999 war wesentlich an der Ausgestaltung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und an der Vorbereitung der EU-Osterweiterung beteiligt. Der Christdemokrat engagierte sich ab 1966 in mehreren Funktionen für die *Chreschtlech Sozial Vollekspartei* (CSV), von 1974 bis 1982 als Vorsitzender. In Luxemburg bekleidete Santer eine Vielzahl von Ämtern: Von 1972 bis 1974 Staatssekretär im Arbeitsministerium und im Ministerium für kulturelle Angelegenheiten, 1974 bis 1995 Abgeordneter der Kammer, 1979 bis 1984 Minister für Finanzen, Arbeit und Soziales, 1984 bis 1989 Ministerpräsident und Minister für Finanzen, 1989 bis 1995 Ministerpräsident sowie Kultus- und Schatzminister. In seiner Zeit als Ministerpräsident amtierte Santer als Mitglied des Gouverneurrates der

Weltbank von 1984 bis 1989, und von 1991 bis 1994 als Gouverneur der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Mitglied des Europäischen Parlaments war er von 1974 bis 1979 und von 1999 bis 2004, 1975 bis 1979 als Vizepräsident. Santer wirkte von 1987 bis 1990 als Präsident der EVP, 2002 bis 2004 war er Mitglied des Europäischen Konvents.

ROBERT SCHUMAN (1886-1963), FRANKREICH

Robert Schuman ist einer der Gründungsväter des europäischen Einigungswerkes. Er schlug im Mai 1950 die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Schuman-Plan“) vor, die den Anstoß zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gab. Zeitlebens setzte er sich für die deutsch-französische Verständigung und für Frieden und Sicherheit in Europa ein. Geboren in Lothringen wurde Schuman 1919 zunächst Abgeordneter im französischen Parlament. Er engagierte sich in der Résistance. 1940 wurde er von der Gestapo verhaftet, 1942 konnte er fliehen. 1944 beteiligte er sich an der Gründung des *Mouvement de Rassemblement Populaire* (MRP). Von 1946 bis 1962 war er Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. In dieser Zeit bekleidete er mehrere Ministerposten (1946 Finanzminister, 1948 bis 1952 Außenminister, 1955 bis 1956 Justizminister) und 1947/1948 war er für acht Monate Ministerpräsident. 1958 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Versammlung gewählt. 1960 trat er zurück und wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Für seine Verdienste um die Einheit Europas erhielt er 1958 den Internationalen Karlspreis.

LEO TINDEMANS (GEB. 1922), BELGIEN

Der Mitbegründer und erste Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) von 1976 bis 1985 hat sich in vielfacher Weise für die Einheit Europas eingesetzt. Von 1958 bis 1966 war er Generalsekretär der CVP, des flämischen Zweiges der Christlichen Volkspartei, von 1961 bis 1989 Abgeordneter der CVP im belgischen Parlament, von 1979 bis 1981 Vorsitzender der CVP. 1965 bis 1974 amtierte er als Generalsekretär der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD). Er bekleidete eine Vielzahl verschiedener Ministerposten: 1968 bis 1972 Minister für Gemeinschaftsangelegenheiten, 1972 bis 1973 Landwirtschaftsminister, 1973 bis 1974 Haushaltsminister und zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1981 bis 1989 Außenminister. Von 1974 bis 1978 war er

belgischer Ministerpräsident. Der von ihm im Auftrag der europäischen Staats- und Regierungschefs Ende 1975 vorgelegte Bericht mit Reformvorschlägen zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft zur Politischen Union („Tindemans-Bericht“) wurde viel beachtet, allerdings nur zögerlich umgesetzt. 1976 erhielt er für diesen wegweisenden Entwurf den Internationalen Karlspreis. An weiteren Integrationsfortschritten wirkte er als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1979 bis 1981 und von 1989 bis 1999 mit, 1992 bis 1994 als Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

WICHTIGE STATIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

EUROPACHRONIK

- **1924:** Die Paneuropäische Union wird durch Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkrieges gegründet. Ziel ist ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa auf Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments. Zu ihren bedeutendsten Vertretern gehörten u.a. Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Aristide Briand, Thomas Mann und Albert Einstein.
- **1929:** Der Briand-Plan beschreibt die damalige europäische Situation vor der zehnten Völkerbundsversammlung und fordert indirekt zur Gründung eines europäischen Staatenbunds auf.
- **1946:** Im September hält der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill an der Universität zu Zürich eine Rede, in der er die Staaten Europas zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa aufruft.
- **1948:** Im Mai findet der Haager Kongress statt. In seiner Resolution wird die Forderung nach einem geeinten und demokratischen Europa erhoben. Nahezu alle europäischen Staaten nehmen an dem Kongress teil. Es folgen Verhandlungen, die zur Gründung des Europarates führen.

- **1950:** Am 9. Mai stellt der französische Außenminister Robert Schuman auf einer Pressekonferenz den später so genannten Schuman-Plan vor. Er schlägt vor, die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlindustrie unter die Kontrolle einer Organisation zu stellen, die den anderen Ländern Europas zum Beitritt offensteht.
- **1951:** Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt oder Vertrag von Paris (in Kraft getreten 1952): Gemeinsame Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl durch sechs europäische Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg).
- **1952/53:** Ein Satzungsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) wird von der Parlamentarischen Versammlung im Auftrag der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ausgearbeitet. Parallel dazu wird ein Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) entwickelt. Beide Entwürfe werden nicht realisiert, weil die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des EVG-Vertrags von der Tagesordnung absetzt (1954).
- **1955:** Konferenz der Außenminister der EGKS-Staaten in Messina zur Beratung über den weiteren europäischen Integrationsprozess. Die Messina-Konferenz gilt als Geburtsstunde der Römischen Verträge (EWG und EURATOM).
- **1957:** Römische Verträge (in Kraft getreten 1958): Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).
- **1958:** Erste Sitzung der gemeinsamen Versammlung der drei Europäischen Gemeinschaften (EWG, EURATOM, EGKS). Diese gemeinsame Versammlung ist ein institutioneller Vorläufer des Europäischen Parlaments.
- **1959:** Beginn des Abbaus der Zollschränken innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.
- **1962:** Einrichtung des Europäischen Agrarfonds.

- **1965:** Fusionsvertrag zur Einsetzung gemeinsamer Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft getreten 1967).
- **1970:** Beginn der gemeinsamen Konsultationen und Abstimmungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Fragen der Außenpolitik (Europäische Politische Zusammenarbeit – EPZ), aufgenommen sind sicherheitspolitische Aspekte.
- **1973:** Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark zu den Europäischen Gemeinschaften.
- **1976:** Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) als Zusammenschluss von christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Parteien im Vorfeld der geplanten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Im gleichen Jahr wurde die Föderation liberaler und demokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft (FLIDPEG) gegründet, umbenannt 1977 in Europäische Liberale Demokraten (ELD), umbenannt 1993 in Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR). Es folgten 1992 die Sozialdemokratischen Parteien Europas (SPE) und 2004 die Europäische Grüne Partei (EGP).
- **1979:** Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) zur währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften.
- **1979:** Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.
- **1981:** Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften.
- **1983:** Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft unter Bundeskanzler Helmut Kohl wird von den Mitgliedstaaten die „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union“ verabschiedet; damit wird der Begriff „Europäische Union“ das erste Mal in einem offiziellen Dokument der Europäischen Gemeinschaften eingeführt.
- **1985:** Unterzeichnung des Schengener Übereinkommens durch fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande), schrittweise Abschaffung der Grenzkontrollen ab 1995.

- **1986:** Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften. Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte – EEA (in Kraft getreten 1987): Verbesserung der politischen Entscheidungsstrukturen durch Stärkung des Mehrheitsprinzips im Rat und neue Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament; Festlegung eines Programms zur Schaffung eines Binnenmarktes bis Ende 1992.
- **1990:** Wiederherstellung der Deutschen Einheit: die fünf neuen Bundesländer und der Ostteil Berlins werden in die Europäischen Gemeinschaften integriert.
- **1992:** Vertrag von Maastricht (in Kraft getreten 1993): Gründung der Europäischen Union mit Drei-Säulen-Struktur; Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Stufenplan zur Einführung einer einheitlichen Währung; schrittweise Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.
- **1993:** Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, vollständige Öffnung der Grenzen für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.
- **1995:** Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union.
- **1997:** Vertrag von Amsterdam (in Kraft getreten 1999): das Europäische Parlament wird bei der Entscheidungsfindung neben dem Ministerrat gleichberechtigt, d.h. institutionell gestärkt; Einführung einer Flexibilitätsklausel, die Anwendungsfälle zulässt, bei denen nicht alle EU-Staaten beteiligt sein müssen; Ausbau der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.
- **1998:** Festlegung des Sitzes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.
- **1999:** Einführung des Euros als Buchgeld / Beginn der Währungsunion.

- **2000:** Vertrag von Nizza (in Kraft getreten 2003): Reform der europäischen Institutionen, um den Beitritt von zehn weiteren Staaten zur Europäischen Union zu ermöglichen; Proklamation der Charta der Grundrechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger; Erklärung zur Zukunft der Union, die die Frage der Rechtsverbindlichkeiten der Grundrechte innerhalb der Union prüfen soll, sowie weitere Fragen der Fortentwicklung der EU.
- **2001:** Der Europäische Rat beruft unter Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing einen europäischen Konvent zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ein.
- **2002:** Einführung des Euro als allein gültiges Zahlungsmittel in zwölf der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten. Der Euro wird allgemein gesetzliches Zahlungsmittel.
- **2004:** Unterzeichnung eines Vertrages über eine Verfassung für Europa durch die Staats- und Regierungschefs der EU in Rom. Beitritt von zehn ost- und südeuropäischer Staaten zur EU: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.
- **2005:** Der Vertrag über eine Verfassung für Europa wird in Frankreich und den Niederlanden durch Referenden abgelehnt.
- **2007:** Vertrag von Lissabon von den 27 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet (noch nicht in Kraft getreten): Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Union und ab 2014 die Einführung der doppelten Mehrheit; Einführung des neuen Amtes des Präsidenten des Europäischen Rates, der künftig für zweieinhalb Jahre vom Europäischen Rat ernannt werden soll sowie des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, der zugleich Vorsitzender des Außenministerrats und Vizepräsident der Kommission ist; Ausweitung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments und Formulierung eines Kompetenzkatalogs, der die Zuständigkeiten der EU deutlicher als bisher definiert.
- **2007:** Berliner Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“

- **2007:** Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU.
- **2007:** Einführung des Euro in Slowenien.
- **2008:** Zypern und Malta führen den Euro ein.
- **2008:** Die Schweiz tritt dem Schengener Übereinkommen bei.
- **2009:** Die Slowakei führt den Euro ein.
- **2009:** Wahlen zum Europäischen Parlament.

BEDEUTENDE ERKLÄRUNGEN VON CHURCHILL BIS MERKEL

REDEN FÜR EUROPA

WINSTON CHURCHILL:
„LASSEN SIE EUROPA ENTSTEHEN“
ZÜRICH, 19. SEPTEMBER 1946

Am 19. September 1949 hält der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill an der Universität Zürich sein berühmtes Plädoyer für die „Vereinigten Staaten von Europa“. Zur gleichen Zeit verfassen die europäischen Föderalisten auf einer Konferenz im Schweizer Ort Hertenstein zwölf Thesen, die als Hertensteiner Programm zum politischen Gründungsdokument der Europa-Union Deutschland werden. Im Dezember 1946 wird schließlich die Union Europäischer Föderalisten gegründet.

Das Plädoyer finden Sie unter:
www.kas.de/rede_churchill_1946

**KONRAD ADENAUER: „EINE HOFFNUNG IST UNS
GEKOMMEN – DIE EUROPÄISCHE UNION“**

ERÖFFNUNGSREDE AUF DEM 2. PARTEITAG DER CDU
DER BRITISCHEN ZONE
RECKLINGHAUSEN, 28. AUGUST 1948

Die Züricher Rede Winston Churchills vom 19. September 1946 bestärkt auch Konrad Adenauer in seinen Überlegungen zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Im Mai 1948 versammeln sich in Den Haag zahlreiche Vertreter der Europabewegung. Sie fordern u.a. die Gründung einer europäischen parlamentarischen Versammlung. Erstmals nach dem Krieg nimmt eine deutsche Delegation an einem internationalen Kongress teil. Ihr gehört Konrad Adenauer an. Am 28. August 1948 geht er auf dem 2. Parteitag der CDU der Britischen Zone ausführlich auf die europäische Einigung ein.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_adenauer_1948

ROBERT SCHUMAN: „SCHUMAN-PLAN“

ERKLÄRUNG DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG ÜBER EINE
GEMEINSAME DEUTSCH-FRANZÖSISCHE SCHWERINDUSTRIE
PARIS, 9. MAI 1950

Am 18. April 1951 unterzeichnen Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg in Paris den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion). Er unterstellt die Montanindustrie der Mitgliedsländer einer gemeinsamen Kontrolle. Der Vertrag geht auf eine Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman zurück, dessen Ziel es ist, durch eine gemeinsame Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl zur Sicherung des innereuropäischen Friedens beizutragen und diese gemeinsame Grundlage als ersten Schritt für eine Vereinigung der europäischen Nationen zu nutzen. Die Erklärung der französischen Regierung vom 9. Mai 1950 über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie gibt die Kerngedanken des Schuman-Plans wider.

Die Regierungserklärung finden Sie unter:
www.kas/rede_schuman_1950

**WALTER HALLSTEIN: „DAS ERGEBNIS EINER LANGEN,
BEHARRLICHEN ARBEIT: DIE RÖMISCHEN VERTRÄGE“**
ERKLÄRUNG DER BUNDESREGIERUNG VOR UNTERZEICHNUNG
BONN, 21. MÄRZ 1957

Am 25. März 1957 unterzeichnen die sechs Staaten der Montanunion in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Walter Hallstein, in den Jahren 1950 bis 1957 enger Mitarbeiter und Berater Konrad Adenauers und von 1958 bis 1967 erster Präsident der EWG-Kommission, ist am Zustandekommen der Verträge wesentlich beteiligt. Als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gibt er am 21. März 1957 im Deutschen Bundestag für die Bundesregierung eine Erklärung ab.

Die Regierungserklärung finden Sie unter:
www.kas.de/rede_hallstein_1957

KONRAD ADENAUER: „ENTWICKLUNG DER EWG“
ERKLÄRUNG DER BUNDESREGIERUNG ZUM ÜBERGANG
IN DIE ZWEITE PHASE DES GEMEINSAMEN MARKTES
AM 14. JANUAR 1962
BONN, 17. JANUAR 1962

Am 14. Januar 1962 stellt der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft deren Übergang in die zweite Phase des gemeinsamen Marktes fest. Als Konrad Adenauer drei Tage später an das Rednerpult im Plenarsaal des Deutschen Bundestages tritt, geht es ihm weniger um die Details der verabschiedeten Verordnungen als vielmehr um den politischen und ideengeschichtlichen Kontext, in dem diese Vereinbarungen beschlossen wurden. Vielfalt zu bewahren, widerstreitende Interessen auszutragen und nicht zu verdecken und dennoch Handlungsfähigkeit zu beweisen – darin liegt für Adenauer die Kernbotschaft der Brüsseler Entscheidungen. „Wir glauben, dass dieses europäische Einigungswerk der stärkste Hort für die menschliche Freiheit ist, den wir aufrichten können: unter westeuropäischen Staaten und Völkern kann es keinen Krieg mehr geben [...] Alle, die am europäischen Einigungswerk mitgearbeitet haben und mitwirken, arbeiten für die Sache des Friedens und der Freiheit, der Freiheit in Europa und in der ganzen Welt“.

Die Regierungserklärung finden Sie unter:
www.kas.de/rede_adenauer_1962

RICHARD VON WEIZSÄCKER: „DENN EUROPA STEHT FÜR EINE HUMANE UND FREIHEITLICHE LEBENSFORM“

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
BONN, 19. JANUAR 1977

Nach den Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 wird Helmut Schmidt mit der knappen Mehrheit der sozial-liberalen Koalition am 15. Dezember erneut zum Kanzler gewählt. In der Aussprache zur Regierungserklärung ergreift seitens der Opposition nach Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Rainer Barzel der Abgeordnete und spätere Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Wort. Er macht den „Parteien des Sozialismus“ zum Vorwurf, sich einer Renationalisierung der Europapolitik zu verschreiben, und warnt mit Blick auf die bevorstehenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979) vor den Gefahren von Eurokommunismus und Volksfrontbündnissen.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_weizsaecker_1977

FRANÇOIS MITTERRAND: „NICHTS VERMÖGEN WIR OHNE DIE FREIHEIT“

VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES
ZU AACHEN AN FRANÇOIS MITTERRAND UND HELMUT KOHL
AACHEN, 1. NOVEMBER 1988

Als der französische Staatspräsident am 1. November 1988 mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet wird, kann noch niemand ahnen, dass sich die politische Landkarte Europas ein gutes Jahr später vollständig verändern wird. Und doch richtet François Mitterrand 1988 den Blick über die Grenzen der gegenwärtigen Gemeinschaft hinaus. Er, dem an einem „Europa der Kultur“ gelegen ist, ist überzeugt davon, dass es nicht ausreicht, funktionstüchtige politische Institutionen in Europa zu schaffen. Er weiß, dass es um mehr geht: um die einende Idee des gemeinsamen kulturellen Erbes, das ihm zugleich Garant seines Freiheitsideals ist: „Die Freiheit, schlicht und einfach die Freiheit, nichts vermögen wir ohne die Freiheit. Und nichts vermögen wir ohne die Kultur. Und vielleicht haben diese beiden unterschiedlichen Begriffe sogar dieselbe Bedeutung“. Gerade deshalb kann der Franzose im Einklang mit seinem Vorredner,

dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, feststellen, „dass Europa nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft endet“.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_mitterand_1988

HELMUT KOHL:

„DIE IDEE EUROPA – DIE ZUKUNFT DES KONTINENTS“

REDE AUF DEM FACHKONGRESS „KULTURGEMEINSCHAFT EUROPAS“ DER CDU
FRANKFURT/ODER, 31. OKTOBER 1991

Ein gutes Jahr nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands unterstreicht Bundeskanzler Helmut Kohl vor der CDU erneut, dass für ihn die deutsche und die europäische Einigung zwei Seiten einer Medaille bleiben. Helmut Kohl geht es um die „Idee Europas“, um die Idee der „Kulturgemeinschaft“, deren prägende Kraft für ihn Voraussetzung aller politischen Aktivitäten ist, um die Teilung Europas und deren Folgen endgültig zu überwinden. Es ist die Idee, die drei Jahre zuvor schon François Mitterrand in Aachen beschworen hat und die beide Staatsmänner eint: „Gerade darin liegt das Geheimnis der ungebrochenen Kraft Europas: im fruchtbaren Spannungsverhältnis zwischen Einheit und lebendiger Vielfalt unseres kulturellen Erbes [...] ‚Einheit in Vielfalt‘ ist nicht zuletzt Voraussetzung für die Kreativität und Schaffenskraft der Menschen in Wirtschaft und Politik, in Wissenschaft und Kultur.“

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_kohl_1991

JACQUES CHIRAC: „NOTRE EUROPE – UNSER EUROPA“

REDE VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG
BERLIN, 27. JUNI 2000

Am 27. Juni 2000 – drei Tage vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Frankreich – spricht Jacques Chirac als erster ausländischer Staatschef im Berliner Reichstag – ein Auftritt, der mit Spannung erwartet wird, hat Außenminister Fischer doch im Vormonat mit seiner

Idee einer europäischen Föderation und einer Avantgarde innerhalb der EU für – keineswegs ungeteilt positive – Aufmerksamkeit gesorgt. Dieser Idee kann Chirac – ein klares Signal an den Briten Blair – einiges abgewinnen, wenn denn die Nation Ausgangspunkt und Grundlage aller Integrationsbemühungen bleibt, die nach Abschluss des Vertrages von Amsterdam im Juni 1997 an Fahrt verloren haben. Chirac geht sogar noch einen Schritt weiter: Deutschland und Frankreich sollen in dieser „Avantgarde-Gruppe“ die Führungsrolle übernehmen: „Nur sie vermögen Europa voranzubringen“.

Die Rede finden Sie unter:

www.kas.de/rede_chirac_2000

ROMANO PRODI: „FÜR EIN STARKES EUROPA, DAS AUF EIN GROSSES ZIEL AUSGERICHTET UND HANDLUNGSFÄHIG IST“

REDE VOR DEM INSTITUT D'ETUDES POLITIQUES
PARIS, 29. MAI 2001

Am 11. Dezember 2000 unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der EU den Vertrag von Nizza, der die Union auf die bevorstehende Osterweiterung vorbereiten soll. Für den Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, ist dieser Vertrag das Signal, sich der institutionellen Aufgaben der Gemeinschaft anzunehmen. „Es ist an der Zeit, das politische Europa aufzubauen“ – mit diesen Worten fordert er am 29. Mai 2001 in Paris die Europäer auf, ihre zukünftigen Ziele zu definieren und über Methodik und Instrumente für deren Umsetzung nachzudenken. Die Idee Europa, die Werte- und Kulturgemeinschaft, die vor wenigen Jahren Helmut Kohl und François Mitterrand in das Bewusstsein der Menschen gerückt haben, scheint Prodi nicht mehr gefährdet zu sein. Er setzt sie als selbstverständlich voraus, wenn er davon spricht, dass die Grundlagen für konkretes politisches Handeln nun gegeben seien – mehr noch: Europa verfüge mit seinem wirtschaftlichen Gewicht, der Erweiterung und seinem geistigen Kapital über drei große Trümpfe, angesichts derer „wir keine Angst vor der Globalisierung zu haben“ brauchen. „Nach den Händlern ist es nun an den Völkern, die Europäische Union aufzubauen.“

Die Rede finden Sie unter:

www.kas.de/rede_prodi_2001

WILLEM FREDERICK DUISENBERG:

„DIE WÄHRUNGSUNION HAT DEN MENSCHEN NICHT IHR GELD WEGGENOMMEN – SIE HAT ES IHNEN ZURÜCKGEBRACHT“

REDE ZUR VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES
ZU AACHEN AN DEN EURO, GETRAGEN VON DER EUROPÄISCHEN
ZENTRALBANK

AACHEN, 9. MAI 2002

Als der Präsident der Europäischen Zentralbank am 9. Mai 2002 für seine Institution den Internationalen Karlspreis entgegennimmt, scheint wieder etwas von einer Vision Europa auf, denn ein großer Teil der Aufmerksamkeit für den Euro – so führt er aus – gelte „weniger der Währung selbst als vielmehr der politischen Vision, der er seine Existenz verdankt und deren Symbol er geworden ist.“ Die Einführung einer neuen Währung ist für ihn daher nicht nur ein weiterer Baustein auf dem Weg zur wirtschaftlichen Einheit Europas, sondern auch Teil eines umfassenden europäischen Gesellschaftsvertrages mit dem Ziel, die Bürger Europas „von all den Funktionen profitieren“ zu lassen, die das Geld erfülle, und damit Frieden und Wohlstand zu garantieren. Gerade, weil er die Einführung des Euros als Gesellschaftsvertrag begreift, kann der oberste Währungshüter in Aachen vehement die Flankierung durch einen zweiten Gesellschaftsvertrag, einen europäischen Verfassungsvertrag, fordern.

Die Rede finden Sie unter:

www.kas.de/rede_duisenberg_2002

VALÉRY GISCARD D'ESTAING: „EUROPA IM AUFWIND – DIE EUROPÄISCHE BOTSCHAFT HEUTE“

STUTTGARTER REDE ZUM EUROPATAG
STUTTGART, 5. MAI 2002

Um die Jahreswende 2001/2002 steht die Europäische Union vor zwei Herausforderungen: vor der Osterweiterung und damit vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte und vor der Aufgabe, ihre Entscheidungsverfahren, die ohnehin schon an ihre Grenzen gestoßen sind, dieser neuen Situation anzupassen. Auf seinem Gipfel im belgischen Laeken vom 13. bis 15. Dezember 2001 beschließt der Europäische Rat, einen

„Konvent zur Zukunft Europas“ einzuberufen, der Wege für die künftige Gestaltung der Union aufzeigen und einen Verfassungsentwurf vorlegen soll. Der Präsident des Konvents, der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing stellt am 5. Mai 2002 in Stuttgart das Arbeitsprogramm vor.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_destaing_2002

WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI: „WERTEGEMEINSCHAFT UND KULTURRAUM EUROPA – WAS BRINGEN DIE NEUEN EIN?“
 REDE VOR DER EUROPÄISCHEN AKADEMIE BERLIN
 BERLIN, 26. MAI 2004

Am 1. Mai 2004 treten Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern der Europäischen Union bei. Drei Wochen später greift der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski in einer Rede vor der Europäischen Akademie in Berlin die Idee von der Werte- und Kulturgemeinschaft Europa auf. „Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst wird – wie schon mehrmals zuvor – die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme überdauern.“ Die Überzeugung, dass die Gemeinschaft stets mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstandes ihrer Mitglieder gewesen sei, ist die Grundlage für seine ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage, wo zukünftig die Grenzen Europas liegen sollen.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_bartoszewski_2004

TONY BLAIR:
„ICH GLAUBE AN EUROPA ALS POLITISCHES PROJEKT“
 REDE VOR DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
 STRASSBURG, 23. JUNI 2005

Es ist nicht ganz einfach für den britischen Premierminister Tony Blair, im Juni 2005 dem Straßburger Parlament zu verdeutlichen, dass sein Land hinter dem europäischen Einigungsprozess steht – in einer Zeit,

in der seine eigene Partei zunehmend Kritik übt und die britischen Konservativen offen darüber diskutieren, aus der Fraktionsgemeinschaft der EVP auszutreten.

Blair konzentriert sich daher auf das Glaubwürdigkeitsproblem, unter dem Europa leide und das daher auch die Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden beeinflusst habe – für ihn eine Krise der politischen Führung Europas. Ankündigungen, hochgesteckte Erwartungen, mangelhafte Umsetzung und anschließende Enttäuschung – so erklärt der britische Premier die Schwierigkeiten. Realitätsnähe und Anpacken der bereits definierten Aufgaben seien gefordert, keine weiteren Ideen. Europa ist für ihn – diesen Gedanken teilt er mit Romano Prodi – eben ein „politisches Projekt“. In Umbruchszeiten, zu denen er auch den Beginn des 21. Jahrhunderts rechnet, „müssen Menschen mit moderaten Einstellungen die Führung übernehmen“ – mit einem klaren Ziel: „Es geht nicht um die Idee der Europäischen Union. Es geht um Modernisierung.“

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_blair_2005

JEAN-CLAUDE JUNCKER:
„EUROPA HAT EINE AUFGABE IN DER WELT“
 VERLEIHUNG DES INTERNATIONALEN KARLSPREISES
 ZU AACHEN AN JEAN-CLAUDE JUNCKER
 AACHEN, 26. MAI 2006

Im Mai 2006 verleiht die Karlspreisgesellschaft zu Aachen ihre Auszeichnung an den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker. In seiner Rede ermuntert er die Deutschen, Stolz auf ihre staatliche Einheit zu zeigen und sich bewusst zu machen, dass dieser Erfolg das Produkt einer konsequenten europäischen Integrationspolitik gewesen sei. Die Osterweiterung der Union ist für ihn eine logische Folge dieser Politik, „der endgültige Sieg der Zivilisation über die Verrücktheiten der Herren Stalin und Hitler“. Europa ist und bleibt für ihn eine Wertegemeinschaft, deren Bestand sie auch mit politischen Misserfolgen fertig werden lässt.

Ein Jahr nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden nutzt Jean-Claude Juncker seinen Auftritt in

Aachen, um erneut für dieses Ziel zu werben: „Diese europäische Verfassung ist nicht tot. Es reicht nicht, wenn zwei sagen, etwas ist tot [...] Ich werde für diese Verfassung [...] weiterhin kämpfen, bis dass alle der Substanz dieser europäischen Verfassung zugestimmt haben.“

Bei aller Kritik an denjenigen, die in Europa „dauernd auf den Bremsen sitzen“, vermag Juncker einem Kerneuropa-Konzept dabei weniger abzugewinnen: „Wir sollten nicht von vornherein, a priori, sagen, es gibt einige Dinge, die machen wir zu viert, zu fünft, zu sechst, und die anderen Projekte werden von anderen erledigt.“

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_juncker_2006

ANGELA MERKEL:
„DIE ROLLE DER EU AUF DER INTERNATIONALEN BÜHNE“
 EUROPAPOLITISCHE GRUNDSATZREDE ZUR ERÖFFNUNG
 DES „ALFRED VON OPPENHEIM-ZENTRUMS FÜR EUROPÄISCHE
 ZUKUNFTSFRAGEN“
 BERLIN, 8. NOVEMBER 2006

Zwei Monate vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft greift Angela Merkel ihr Postulat von der Neubegründung Europas wieder auf: „Es kommt darauf an, dieses Europa auch wieder neu für das 21. Jahrhundert zu begründen.“ Dabei setzt sie neben der Skizzierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Welthandel vor allem mit ihrem Plädoyer für europäische „Energieaußenbeziehungen“ und ein gemeinsames Vorgehen in der Klimapolitik neue Akzente. Angela Merkel betont: „Wir müssen gemeinschaftlich in den Bereichen Energieeffizienz und bei den erneuerbaren Energien vorankommen, die aus meiner Sicht nicht nur aus Klimaschutzgründen von allergrößter Notwendigkeit sind, sondern sie sind auch ein Gebot ökonomischer und vor allen Dingen sicherheits- und friedenspolitischer Vernunft.“

Die Grundsatzrede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_merkel_november2006

ANGELA MERKEL:
„EUROPAS SEELE IST DIE TOLERANZ“
 REDE VOR DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
 STRASSBURG, 17. JANUAR 2007

Vor dem Europäischen Parlament ruft Angela Merkel bei der Vorstellung des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu einem entschlossenen Eintreten für Toleranz und Vielfalt in Europa auf. Europas Seele sei die Toleranz. Deshalb sei es auch so wichtig, „mit den Augen des anderen“ zu sehen. Die Völker Europas dürften nicht vergessen, dass die Toleranz ständig herausgefordert werde, stellt Angela Merkel heraus. Das friedliche und gleichberechtigte Miteinander unter den Völkern sei das große Ziel der europäischen Einigung. Deshalb heiße das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft „Europa gelingt gemeinsam“. Als zwei Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft nennt sie die Bewältigung der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen sowie die Erhaltung und Entwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells.

Angela Merkel macht in ihrer Rede deutlich, dass die Phase des Nachdenkens über das weitere Schicksal des EU-Verfassungsvertrages vorbei sei. Jetzt gelte es, bis Juni neue Entscheidungen zu erarbeiten. Sie werde sich dafür einsetzen, dass am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Fahrplan für den weiteren Prozess des Verfassungsvertrages verabschiedet werden könne.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_merkel_januar2007

ANGELA MERKEL:
„VEREINT ZU UNSEREM GLÜCK“
 REDE BEIM FESTAKT ZUR FEIER DES 50. JAHRESTAGS DER
 UNTERZEICHNUNG DER RÖMISCHEN VERTRÄGE
 BERLIN, 25. MÄRZ 2007

In dieser sehr persönlichen Rede fasst Angela Merkel den Rückblick auf 50 Jahre Römische Verträge in dem Satz zusammen: „Ein Traum ist wahr geworden!“. Nach Krieg und Leid seien die Bürger Europas zu ihrem Glück vereint. Zugleich stellte sie heraus: „Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für zukünftige Generationen zu schützen.“

Die europäische Einigung müsse „immer wieder neu erarbeitet und gesichert werden“. Für die Zukunft gelte es, globale Verantwortung zu übernehmen. „Das verlangt Handlungsfähigkeit“, betonte Angela Merkel. Die Europäische Union brauche mehr und klarere Zuständigkeiten als heute: in der Energie- und in der Außenpolitik, aber auch in der Innen- und Rechtspolitik. Gleichzeitig müsse die EU sicherstellen, dass sie auch mit 27 Mitgliedern effizient und demokratisch funktioniere. Es müsse klarer abgegrenzt werden, wofür die Mitgliedstaaten und wofür die Gemeinschaft zuständig sei. Andere Weltregionen entwickelten sich in atemberaubender Geschwindigkeit. Deshalb brauche Europa vor allem eines: Dynamik.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_merkel_maerz2007

ANGELA MERKEL:

„DIE FUNDAMENTE DER EUROPÄISCHEN UNION SIND NEU GELEGT.“

REDE ZUM VERTRAG VON LISSABON IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
 BERLIN, 24. APRIL 2008

Für Angela Merkel wird mit dem Vertrag von Lissabon eine neue Grundlage für Europa geschaffen. In ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag, in der sie ausschließlich auf das neue Vertragswerk eingeht, macht die Bundeskanzlerin auf die neue Qualität des Vertrags von Lissabon aufmerksam, da dieser – im Unterschied zu anderen Verträgen – kein Verfallsdatum und keine Revisionsklausel trage. Eine weitere Änderung der Verträge sei „nicht in Sicht“.

Angela Merkel bezeichnet den Vertrag von Lissabon als „gut für Europa“ und „ein Gewinn für Deutschland“. Neben den neugestalteten Ämtern des Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters für Außenpolitik begründet sie dies in fünf Punkten: Erstens könne der Europäische Rat künftig überwiegend mit Mehrheit statt mit Einstimmigkeit beschließen, was die Handlungsfähigkeit sichere. Zweitens gäbe es bei Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat eine gerechtere Gewichtung, weil in Zukunft auch die Bevölkerungsgröße eine Rolle spiele. Drittens erhalte die Europäische Union eine Kompetenzordnung, die festlegt, wofür die Mitgliedstaaten und wofür die Union zuständig

sind. Viertens werde die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik erleichtert, z.B. auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung nach Europa sowie beim Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität und gegen Terrorismus. Als fünften Punkt nennt Angela Merkel die beschlossenen Verbesserungen beim gemeinsamen Klimaschutz und bei der Energieversorgung.

Vor dem Hintergrund, dass der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten die Klageerhebung vor dem Europäischen Gerichtshof ermöglicht, fordert die Bundeskanzlerin zum Schluss ihrer Rede dazu auf, die Subsidiaritätskultur in Europa weiterzuentwickeln. „Deutschland hat mit seinem föderalen System sehr gute Erfahrungen gemacht, und das sollten wir auch in Europa zeigen.“

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_merkel_april2008

NICOLAS SARKOZY:

„EUROPA AUS DER INSTITUTIONELLEN KRISE HELFEN“ REDE VOR DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT STRASSBURG, 10. JULI 2008

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament umreißt Staatspräsident Nicolas Sarkozy das Programm der französischen Ratspräsidentschaft. Die vier wichtigsten Ziele für die zweite Hälfte des Jahres 2008 lauten: Beschluss eines europäischen Klima-Energie-Pakets, Überarbeitung der europäischen Einwanderungspolitik, Vorankommen bei der europäischen Verteidigungspolitik sowie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik. Darüber hinaus kündigt Sarkozy an, Europa aus der Krise helfen und den Ratifizierungsprozess des Vertrages von Lissabon voranbringen zu wollen. Denn ohne den Vertrag von Lissabon könne es keine Erweiterungen geben. Sarkozy mahnte an, „unsere Unterschiede als Stärke im Dienste der Europäischen Union“ zu nutzen. Die europäische Familie bestehe aus 27 Staaten und es dürfe niemand zurückgelassen werden.

Die Rede finden Sie unter:
www.kas.de/rede_sarkozy_2008

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIKER

NAMEN IN EUROPA

DIE ABGEORDNETEN DER CDU/CSU IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2004 – JUNI 2009

Berend, Rolf (CDU)

Böge, Reimer (CDU)

Brok, Elmar (CDU)

Caspary, Daniel (CDU)

Deß, Albert (CSU)

Ehler, Dr. Christian (CDU)

Ferber, Markus (CSU)

Florenz, Karl-Heinz (CDU)

Friedrich, Dr. Ingo (CSU)

Gahler, Michael (CDU)

Gewalt, Roland (CDU)

Goepel, Dr. Lutz (CDU)

Gomolka, Prof. Dr. Alfred (CDU)

Gräßle, Dr. Inge (CDU)

Hieronymi, Ruth (CDU)
Hoppenstedt, Dr. Karsten Friedrich (CDU)

Jarzembowski, Dr. Georg (CDU)
Jeggle, Elisabeth (CDU)

Kastler, Martin (CSU)
Klamt, Ewa (CDU)
Klaß, Christa (CDU)
Koch, Dr. Dieter-Lebrecht (CDU)
Konrad, Dr. Christoph (CDU)

Langen, Dr. Werner (CDU)
Lauk, Prof. Dr. Kurt J. (CDU)
Lechner, Kurt (CDU)
Lehne, Klaus-Heiner (CDU)
Liese, Dr. Peter (CDU)

Mann, Thomas (CDU)
Mayer, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter (CDU)

Nassauer, Hartmut (CDU)
Niebler, Dr. Angelika (CSU)

Pack, Doris (CDU)
Pieper, Dr. Markus (CDU)
Pöttering, Prof. Dr. Hans-Gert (CDU)
Posdorf, Prof. Dr. Horst Eckart Alwin (CDU)
Posselt, Bernd (CSU)

Quisthoudt-Rowohl, Dr. Godelieve (CDU)

Reul, Herbert (CDU)

Schnellhardt, Dr. Horst (CDU)
Schröder, Jürgen (CDU)
Schwab, Dr. Andreas (CDU)
Sommer, Dr. Renate (CDU)
Stauner, Dr. Gabriele (CSU)

Ulmer, Dr. Thomas (CDU)

Weber, Manfred (CSU)
Weisgerber, Dr. Anja (CSU)
Wieland, Rainer (CDU)
Wogau, Dr. Karl von (CDU)

Quelle: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion 2009

**DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN MITGLIEDER
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION 2004 – JUNI 2009**

José Manuel Barroso, Portugal	Präsident
Antonio Tajani, Italien	Vizepräsident – Verkehr
Jacques Barrot, Frankreich	Vizepräsident – Justiz, Freiheit, Sicherheit
Joe Boró, Malta	Fischerei und maritime Angelegenheiten
Stavros Dimas, Griechenland	Umwelt
Benita Ferrero-Waldner, Österreich	Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik
Ján Figel, Slowakei	Allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend
Viviane Reding, Luxemburg	Informationsgesellschaft und Medien

Quelle: Europäische Kommission 2009

**CHRONIK DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PRÄSIDENTEN
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**

Walter Hallstein (Deutschland), 1. Präsident der EG-Kommission 1958-1967

Franco Maria Malfatti (Italien), 1970-1972

Jacques Santer (Luxemburg), 1995-1999

José Manuel Barroso (Portugal), seit 2004

Quelle: Europäische Kommission

**CHRONIK DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN
PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS**

Alcide De Gasperi (Italien), 1954

Giuseppe Pella (Italien), 1954-1956

Hans Furler (Deutschland), 1956-1958

Robert Schuman (Frankreich), 1958-1960

Hans Furler (Deutschland), 1960-1962

Jean Duvieusart (Belgien), 1964-1965

Victor Leemans (Belgien), 1965-1966

Alain Poher (Frankreich), 1966-1969

Mario Scelba (Italien), 1969-1971

Emilio Colombo (Italien), 1977-1979

Nicole Fontaine (Frankreich), 1999-2001

Hans-Gert Pötering (Deutschland), seit Januar 2007

Quelle: EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

PUBLIKATIONEN UND INTERNET- SEITEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG (AUSWAHL)

- *ATILGAN, CANAN: Westliche Werte und Europäische Identität, Konferenzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2005.*
- *ATILGAN, CANAN: Die Rechtsstaatlichkeit als Kernelement der europäischen politischen Identität, Konferenzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.*
- *ATILGAN, CANAN: Der Europäische Verfassungsvertrag. Aufgeschobene Reformagenda, Reihe: Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 22, Berlin/Sankt Augustin 2005.*
- *ATILGAN, CANAN (HRSG.): Europe Is Worth It. Why the EU is vital for Its Member States, Kongress-Dokumentation, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.*
- *ATILGAN, CANAN / KLEIN, DEBORAH: EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft, Reihe: Arbeitspapier Nr. 158, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin / Sankt Augustin 2006.*

- ATILGAN, CANAN / KLEIN, DEBORAH: *Europa lohnt sich. Was jeder über die Europäische Union wissen sollte*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin/Sankt Augustin 2007.
- ATILGAN, CANAN / WÖLKNER, SABINA: *Europa „verträgt“ sich!*, *Analysen und Argumente*, Nr. 43, Sankt Augustin, 20. Juni 2007.
- BECKER, WINFRIED: „Nachdenken über Europa: Christliche Identität und Gewaltenteilung“, in: *Historisch-Politische Mitteilungen, Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 12 (2005), S. 1-24.
- BROK, ELMAR: „Der Europäische Verfassungskonvent“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Ausgabe 1/2003, S. 14-28.
- BROK, ELMAR / SAUER, FRANK: *Europa rechnet sich! Warum die EU für Deutschland unverzichtbar ist*, Reihe: *Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Nr. 24, Berlin/Sankt Augustin 2005.
- BUSCHER, HERBERT S.: *Ein Jahr nach der Osterweiterung. Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten*. *Zukunftsforum Politik* Nr. 67, Sankt Augustin 2005.
- DANWITZ, THOMAS VON (HRSG.): *Eine Verfassung für die Europäische Union*. Sankt Augustin 2004.
- *Die Ära Kohl im Gespräch: Von der „Eurosklrose“ zum Maastrichter Vertrag*. Mit Beiträgen von Werner Link, Andreas Wirsching u.a., in: *Historisch-Politische Mitteilungen, Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 10 (2003), S. 255-324.
- *Die Politische Meinung, Monatszeitschrift zu Fragen der Zeit: Themenschwerpunkt „Europäische Integration“*. Mit Beiträgen zum 50jährigen Bestehen der Römischen Verträge, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 448, März 2007.
- *Die Politische Meinung, Monatszeitschrift zu Fragen der Zeit: Themenschwerpunkt „Zukunftsprojekt Europa“*. Mit Beiträgen zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 444, November 2006.

- *Europa – Vereint oder entzweit? Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration*, *Kongress-Dokumentation*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.
- FONTAINE, PASCAL: *50 Jahre – Geschichte der EVP-ED-Fraktion im Dienst des Vereinten Europas*, Brüssel 2003, herausgegeben von der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.
- GAAL-LÖWE, JÜRGEN VON: *Gründe für eine unveränderte Beibehaltung des EU-Stabilitätspaktes*. *Arbeitspapier* Nr. 142, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2005.
- HILZ, WOLFRAM/ KRONENBERG, VOLKER/ PIEPENSCHNEIDER, MELANIE/ REUBER, MARTIN (HRSG.): *Auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgernähe - Europas Zukunft nach dem Lissabonner Vertrag*“, Sankt Augustin/Berlin 2009.
- KLEIN, HANS H.: „Kompetenzfülle der Europäischen Union. Zur Charta der Grundrechte“, in: *Die Politische Meinung*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 380, Juli 2001, S.45-53.
- LAMERS, KARL: *Nation – Europa – Zukunft*, Reihe: *Grundlagen der Christlichen Demokratie*, Ausgabe 6/2006, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2006.
- LAMMERT, NORBERT: „Europäisches Bewusstsein – Europäische Identität“, in: Braun, Michael / Lermen, Birgit / Schmidt, Lars Peter u.a. (Hrsg.): *Europa im Wandel. Literatur, Werte und Europäische Identität*, Sankt Augustin 2005, S. 275-282.
- MERZ, FRIEDRICH: *Zehn Jahre Europäischer Binnenmarkt. Rückblick und Perspektiven*. *Europapolitisches Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung* am 18. Dezember 2002 in Berlin. Sankt Augustin 2003.
- PIEPENSCHNEIDER, MELANIE: *Europäische Integration als nationales Interesse. Aktuelle Begründungen für die deutsche Europapolitik*, Reihe: *Aktuelle Fragen der Politik*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe 10/1994.

- PÖTTERING, HANS-GERT: *Europa im 21. Jahrhundert – Überlegungen zur Zukunft der europäischen Ordnung. Rede im Rahmen der Walter Hallstein Lecture 2002 am 28. November 2002 in Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- PÖTTERING, HANS-GERT: „Das große Friedensprojekt. Zu den wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Europäische Union“, in: *Die Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 413, April 2004, S. 11-15.*
- RANGE, TATJANA: *Europäische Verfassung: neue EU-Kompetenzen für den Deutschen Bundestag: Befugnisse und Handlungsoptionen. Arbeitspapier Nr. 136, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.*
- REDING, VIVIANE: *Partei der Einigung Europas. Die wichtige Rolle der CDU in der Europapolitik, in: Die Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ausgabe Nr. 442, Januar 2005, S.13-16.*
- REUTER, FRANZ-JOSEF: *Die Erweiterung der Europäischen Union. Historische Chance mit Hindernissen. Arbeitspapier Nr. 30, Brüssel 2001.*
- REUTER, FRANZ-JOSEF: *Quo vadis Europa? Die europäische Agenda nach dem EU-Gipfel von Laeken. Arbeitspapier Nr. 56, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- RINSCHKE, GÜNTER (HRSG.): *Frei und geeint – Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln 1997.*
- STEPPACHER, BURKARD: *EU-Grundrechtscharta. Ziele, Methoden, Bewertung. Sankt Augustin 2000. (Dokumentation/März 2000)*
- STEPPACHER, BURKARD: *Der Europäische Konvent. Auftrag, Zusammensetzung, Problemfelder. Arbeitspapier Nr. 79, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- STEPPACHER, BURKARD: *Synopse: Aktuelle Vorschläge zur europäischen Verfassungsdiskussion. Arbeitspapier Nr. 80, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002.*
- STUTH, REINHARD: *Der Vertrag von Nizza – eine kritische Analyse. Zukunftsforum Politik, Nr. 21, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2001.*

- SZECH-KOUNDOUROS, SUSANNE: *Was bringt die EU-Verfassung? Übersicht über das Ergebnis der Regierungskonferenz zur Europäischen Verfassung. Arbeitspapier Nr. 137, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2004.*
- UERTZ, RUDOLF: „Von der Montanunion zur EU. Die Europaidee und ihre politische Realisierung“, in: *Buchstab, Günter / Uertz, Rudolf (Hrsg.): Nationale Identitäten im vereinten Europa, Freiburg 2006, S. 30-54.*
- UERTZ, RUDOLF (HRSG.): *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität, Freiburg 2008.*
- VOGEL, BERNHARD U.A.: *Die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Ansprachen am 22. November 2004 aus Anlass des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des Petersberger Abkommens im Gasthaus Petersberg, Königswinter. Sankt Augustin 2004.*
- VOGEL, BERNHARD: „Demokratie und abendländische Werte - Bausteine europäischer Identität“, in: *Braun, Michael / Lermen, Birgit / Schmidt, Lars Peter u.a. (Hrsg.): Europa im Wandel. Literatur, Werte und Europäische Identität; Sankt Augustin 2005, S. 17-29.*
- WEILEMANN, PETER R.: *Schwierige Geschlossenheit. Der EU-Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs, KAS Länderbericht, März 2009 (kann als PDF-Datei unter www.kas.de heruntergeladen werden).*
- WEILEMANN, PETER R. / EINHÄUSER, BARBARA: *Von den Schwierigkeiten der Umsetzung. Der Frühjahrsgipfel 2008, KAS Länderbericht, März 2008 (kann als PDF-Datei unter www.kas.de heruntergeladen werden)*
- WEILEMANN, PETER R. / EINHÄUSER, BARBARA/ WEISS, KATHRIN: *Mehr als nur Krisenmanagement, Der Herbstgipfel der Staats- und Regierungschefs, KAS Länderbericht, Oktober 2008 (kann als PDF-Datei unter www.kas.de heruntergeladen werden).*

Auf unserer Homepage www.kas.de finden Sie weitere Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Europa sowie ein Sonderportal zur Europawahl.

PUBLIKATIONEN DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (AUSWAHL)

- Europäische Union. Informationen zur politischen Bildung Nr. 279, Bonn, November 2006.

Themenblätter im Unterricht: Europa

Als pdf-Dateien zum Herunterladen unter www.bpb.de

- Themenblatt Nr. 60: Deutschland für Europa (2006)
- Themenblatt Nr. 46: Europa – in guter Verfassung? (2006)
- Themenblatt Nr. 65: Europa der 27 (2007)
- Themenblatt Nr. 10: Wer macht was in Europa? (2007)
- Themenblatt Nr. 72: Welche EU wollen wir? (2008)

Schriftenreihe

- *Balibar, Etienne: Sind wir Bürger Europas?, Schriftenreihe, Band 525, Bonn 2006.*
- *Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Schriftenreihe, Band 472, Bonn 2006.*
- *Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Vertrag von Lissabon, Schriftenreihe, Band 709, Bonn 2008.*
- *Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung, Schriftenreihe, Band 485, Bonn 2006.*
- *Seibt, Ferdinand: Die Begründung Europas, Schriftenreihe, Band 478, Bonn 2005.*
- *Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas, Schriftenreihe, Band 688, Bonn 2009.*

- *Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union, Schriftenreihe, Band 689, Bonn 2008.*

- *Weidenfeld, Werner: Die Europäische Verfassung verstehen, Schriftenreihe, Band 541, Bonn 2006.*

PUBLIKATIONEN ZU EUROPA (AUSWAHL)

- *Fischer, Klemens H. (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon, Text und Kommentar zum Europäischen Reformvertrag, Baden-Baden 2008.*
- *Koopmann, Martin / Martens, Stephan (Hrsg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Baden-Baden 2008.*
- *Pernice, Ingolf (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon: Reform der EU ohne Verfassung?, Baden-Baden 2008*
- *Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Lissabon in der Analyse - Der Reformvertrag der Europäischen Union, Baden-Baden 2008.*
- *Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa, Gütersloh 2001.*
- *Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 11. Aufl., Baden-Baden 2009.*
- *Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, Baden-Baden 2009.*
- *Weilemann, Peter R.: „Ein neuer Anlauf – vom Verfassungs- zum Reformvertrag.“ KAS Länderbericht, 2007. (als pdf-Dokument unter www.kas.de verfügbar)*

INTERNETSEITEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Europa

- Das Portal der Europäischen Union
europa.eu
- Informationen zur EVP-Fraktion
www.epp-ed.eu
- Informationen zum Europäischen Parlament
www.europarl.de
- Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
ec.europa.eu
- Rat der Europäischen Union
www.consilium.europa.eu
- CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
www.cducusu.eu

Deutschland

- Informationen zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007
www.eu2007.de
- Europaseiten des Auswärtigen Amts
www.auswaertiges-amt.de
- Informationen zum Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag
www.bundestag.de/ausschuesse

Sonstige Organisationen

- Eine umfangreiche Datenbank in mehreren Sprachen zur Geschichte der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union, aufbereitet und zusammengestellt von European NAVigator (ENA), sehr gut geeignet für Lehrkräfte und als Nachschlagewerk.
www.ena.lu
- Europäisches Jugendportal
europa.eu/youth
- Portal zur europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland
www.aktion-europa.de
- Medienportal zu Europa
www.euractiv.com/de
- Informationen zu Europa
www.europa-digital.de
- Kalender zu europapolitischen Veranstaltungen in Deutschland
www.europatermine.de
- Europa-Union Deutschland
www.europa-union.de
- Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland
www.europaeische-bewegung.de
- Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen
www.eiz-niedersachsen.de

Internetseiten zur Europawahl 2009

- Informationen zu den deutschen Kandidaten, den Wahlprogrammen der Parteien, europaweite Kampagnen, Linksammlung, u.a.m.
www.wahlen-europa.de
- Sonderseiten der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
www.europawahl-bw.de
- Sonderseiten der Bundesregierung
www.bundesregierung.de
- Sonderseiten des Informationsbüros für Deutschland des Europäischen Parlaments
www.europarl.de/europawahl

HERAUSGEBER, AUTOREN

Matthias Belafi, geb. 1977 in Mutterstadt, ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn.

Dr. Melanie Piepenschneider, geb. 1962 in Braunschweig, ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling.

Dr. Burkard Steppacher, geb. 1959 in Wiesentheid/Ufr., ist Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln.

UNTER MITARBEIT VON

Angelika Fröhling, geb. 1975 in Troisdorf, ist Historikerin und Honorarmitarbeiterin der Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling.

Dr. Eva Graef-Harter, geb. 1962 in Rothenburg ob der Tauber, ist freie Journalistin in München.

Dr. Frank Müller, geb. 1964 in Bonn, ist Historiker und Leiter der Abteilung Deutsche Studentenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin.

Dr. Reinhard Schreiner, geb. 1950 in Merzig, ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Professor Dr. Dr. Heiner Timmermann, geb. 1940 in Duisburg, ist Honorar-Professor für Europäische Geschichte der Universität Jena, Honorar-Professor für Europäische Studien an der Corvinus-Universität Budapest, Visiting-Professor an der International University in Moskau sowie Vorstandsvorsitzender der Akademie Rosenhof in Weimar.

Stephan Wilke, geb. 1975 in Hamburg, ist Politikwissenschaftler und arbeitet beim Deutschen Schwerhörigenbund in Berlin.